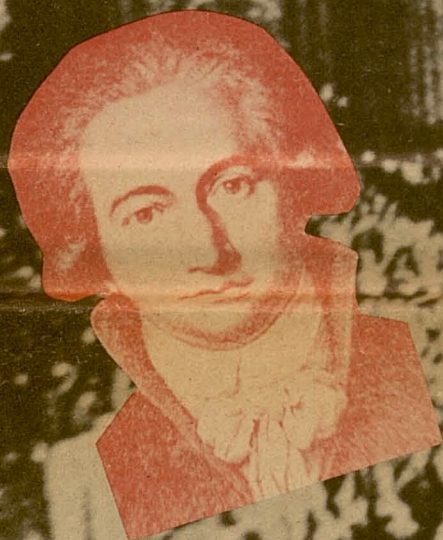


NACHRICHTENMAGAZIN DER BONNER STUDENTENSCHAFT

AKUT

Nr. 192

16. Februar 1983



Universitätsbibliothek
Bonn



—22.3.1832 Goethe + ——— Jan. 1883 Nietzsche, „Also sprach Zarathustra“———30.1.1933 Hitler Reichskanzler ———13.2.1883 Wagner + ———
3.1883 Marx + ——— 10.11.1483 Luther * ——— 22.3.1832 Goethe + ——— Jan. 1883 Nietzsche, „Also sprach Zarathustra“——— 30.1.1933 Hitler

[illegible]

Die Deutsche Bibliothek, Frankfurt am Main, zeigt im Wissenschaftszentrum Bonn-Bad Godesberg derzeit eine Ausstellung über den deutschen PEN-Club im Exil: mit 544 Büchern, Zeitschriften, Plakaten, Photographien und (fast durchweg unveröffentlichten) Briefen die Gleichschaltung der deutschen Literatur, die schon kurz nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 einsetzt und in besonders dramatischer Weise den

deutschen PEN-Club einbezieht. Seit Anfang 1934 sammeln sich daraufhin in einer überparteilichen deutschen PEN-Gruppe im Exil die ausgestoßenen, nun in viele Länder versprengten deutschen Schriftsteller unter der Präsidentschaft Heinrich Manns. Sie vertreten fortan allein die deutsche Literatur im internationalen PEN. Auf den großen internationalen Kongressen prangern sie die nationalsozialistische Kulturpolitik an: die Bücherverbrennungen,

Leserbriefe	Seite	4
Wahlkampf — Rückblick	Seite	6
Hochschuldemokratisierung	Seite	7
SP — Aktuell	Seite	8
Uni-Winterfest '83	Seite	9
Titel	Seiten	10—11
Bücher/Platten	Seite	12
Wahl '83	Seite	13
„Ausländer 'raus?“	Seite	14
Korporationen III	Seite	15
„Zeitverschiebung“	Seite	16

(bis 27.2.1983, Montag bis Sonntag 10–17 Uhr, Donnerstag – 19 Uhr, Samstag geschlossen. Führungen Do. 17.30, So. 11 Uhr).

(Täglich von 10–13 Uhr, donnerstags auch von 16–18 Uhr geöffnet, außer samstags und feiertags. Die traditionellen Sonntagsführungen (11 Uhr) beschäftigen sich mit Themen zur Ausstellung.)

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

Geleitartikelt

Das SP ist gewählt – doch wo bleibt der AStA?

Bonn, 1.2.83

Die Wahlen zum 5. Bonner Studentenparlament sind vorbei, das Ergebnis steht fest:

RCDS 14 Sitze
LIBERALE AKTION 9 Sitze
JUSOS/lhv 8 Sitze
LUST/GAG 8 Sitze
SHB 6 Sitze
MSB 2 Sitze
SLH 2 Sitze
FRUST 2 Sitze

insgesamt 51 Sitze

Über FRUST

Ein neuer AStA läßt jedoch derzeit noch auf sich warten. Wie kommt's? Mit FRUST ist eine neue Gruppe ins Studentenparlament eingezogen, die zunächst nicht ins gewohnte Rechts-Links-Schema paßt und es sich anscheinend zum Ziel gesetzt hat, neue Mehrheiten zu formen, um die Studentenpolitik – etwa im SP – wieder etwas „studentennäher“ zu gestalten.

Trends

In den zwei „Lagern“, die daneben bestehen, fanden bei dieser Wahl einige Verschiebungen statt. Die Bundespolitik war es wohl, die den Jusos einen mächtigen Aufwärtstrend bescherte und dem RCDS zwei seiner Sitze kostete. Auch der SLH hatte darunter zu leiden; dazu kommt wohl auch die personelle Schwäche der Bonner Gruppe. Die Gruppen links der Jusos konnten trotz aufwendigen Wahlkampfes nicht dazugewinnen – beim Studenten ist also doch eher Qualität als Quantität gefragt. Die LIBERALE AKTION schließlich wußte mit Sacharbeit für Studenten, ausgehend von den Fachbereichen, zu überzeugen und legte zwei Sitze und damit prozentual mit am meisten zu.



Schwier-Plan

So wird momentan verhandelt – und alle hoffen, möglichst bald einen neuen AStA bilden zu können. Denn gerade in den kommenden Monaten wird eine wirksame Vertretung studentischer Interessen von eminenter Wichtigkeit sein.

Von allen Seiten wird die Universität bedroht:

Der Schwier-Plan wird weiterhin durchgeführt. Die am grünen Tisch in Düsseldorf beschlossenen Maßnahmen bekommen wir alltäglich zu spüren; Stellenstreichungen, Mittelkürzungen führen dazu, daß es z.B. immer weniger Seminare mit immer mehr Teilnehmern gibt. Diesem Plan muß von Seiten der Studentenschaft massiv entgegengetreten werden. Dem Minister gilt es klarzumachen, daß die Universität kein Platz zum Sparen ist und auch nicht sein darf.

BAföG-Studiengebühren

Wenn auch die Bundesregierung zugesagt hat, im Falle einer Wiederwahl nach dem 6. März die BAföG-Regelung noch einmal zu „überdenken“, so ist dies wahrscheinlich kaum mehr als ein Lippenbekenntnis. Im Gegenteil: Zur Zeit wird immer deutlicher, wohin der Zug fährt – Studiengebühren sind im Gespräch. Hier muß die gesamte Studentenschaft geschlossen auftreten und sich gegen Studiengebühren und BAföG-Regelungen zu Wehr setzen. Den Verantwortlichen ist klarzumachen, daß Bildung ein Gut für alle bleiben muß, das keiner finanziellen Elite vorbehalten bleiben darf.

Gruppen-Uni

In Bonn dann steht die längst fällige Umstellung von Ordinarien- auf Gruppenuniversität mit der Wahl eines Konvents an. Hier ist es Aufgabe des AStA, zu informieren, auf Vor- und Nachteile der Umstellung hinzuweisen und im Sinne der Studentenschaft daran mitzuwirken.

Alle diese Probleme fordern eine Studentenvertretung, die offensiv die Interessen aller Studenten gegenüber Ministerien und Verwaltung wahrnimmt und vertritt.

Service-Arbeit

Schließlich hat ein AStA auch Service-Arbeit zu leisten.

Bei knapp 40 000 Studenten hier in Bonn ist es wichtig, daß diese einen Ansprechpartner haben, der sie informiert und unterstützt.

Weltpolitik

Ganz abgesehen von dem Verbot einer Wahrnehmung des allgemeinpolitischen Mandats hat der AStA nach den oben erwähnten Punkten wohl kaum noch Zeit, sich mit Allgemeinpolitik zu befassen. Hier müssen klare Prioritäten zugunsten studentischer Probleme gesetzt werden.

So liegt es also im Interesse aller, in kurzer Frist wieder einen funktionierenden AStA zu haben. Alle beteiligten Gruppen sind aufgefordert, Kompromisse zu machen und aufeinander zuzugehen – im Interesse der Studenten.

Jörg Dietzel

Jörg Dietzel



Anmerkung zur MG

Wer in Bonn Student ist und durch die Gebäude der Universität wandelt, wird sicherlich schon einmal eine Zeitung der MG vor die Nase gehalten bekommen haben und vielleicht schon mal darin gelesen haben. Bonner Hochschulzeitung heißt sie, wie es in großen, roten Lettern auf dem Kopf der Zeitung steht. Darunter steht dann ganz klein der Zusatz „Marxistische Gruppe“ und der Leser weiß nun, daß er es nicht mit einer allgemeinen Hochschulzeitung zu tun hat. Diese Praktik des Kleingedruckten erinnert an Bildzeitung-Methoden. Nun ja! Nimmt man nun die Mühe auf sich, sich durch das Gewirr von Beschimpfungen und Polemik gegen die bürgerlichen Wissenschaften und gegen die bürgerlichen Professoren durchzuarbeiten, kommt man meist zu dem Ergebnis, daß die MG gegen alles und für nichts ist. Sie ist gegen die Friedensdemonstration, zieht es vor, mit einigen wenigen treuen Anhängern aus dem ganzen Bundesgebiet (es soll wirklich einige geben) eine eigene Demonstration zu machen, ist ebenfalls gegen die BAFÖG-Demonstration. Leider ist die MG nicht fähig, außer Kritik und langweiligen Phrasen auch mal konstruktive Vorschläge zu machen, so kann sie leider nur lächerlich wirken. Hoch, sehr hoch schwebt sie über allem und schaut erhaben auf die Masse herab. Egal, das ist nicht schlimm, aber warum soll diese Gruppe hier erwähnt werden? Diese marxistische Gruppe ist eine zutiefst inhumane Gruppe, denn leider haben diese Schreiberlinge der Bonner Hochschulzeitung und deren Vasallen in den Seminaren die widerliche Angewohnheit, sich nicht nur an der Meinung anderer zu stören, was ja legitim ist, sondern sich an Oberflächlichkeiten aufzuhalten, die deutlich den inhumanen Kern dieser Gruppe aufdecken. So werden z.B. Professoren wegen ihres Aussehens, wegen Stottern oder Versprechern lächerlich gemacht und bloßgestellt. Ein stockender Satz, ein Fehler in einem langen Vortrag, dieser Satz erscheint unter Garantie in der Zeitung der MG. Welch eine armselige, leere Kritik! Diese Unmenschlichkeit in der Kritik, die auch oft in Seminaren und Vorlesungen zu hören ist, in denen die Dienerschaft der MG sitzen muß, um ihr Blättchen mit kleinbürgerlichem Material zu versorgen, muß einen wirklich nachdenklich stimmen. Da diese Leute davon profitieren, daß man hier fast alles schreiben und sagen darf (was ich gut finde), bleibt der Aufruf an die Kommilitonen, diesen Profilneurotikern durch Argumente den Boden zu entziehen und nicht schweigend herumzusitzen, damit nicht zwei dieser Leute 50 anderen Teil-

nehmern einer Veranstaltung ihre Minderwertigkeitskomplexe aufzwingen können. Diese Leute meinen, sie hätten die Wahrheit mit Löffeln gefressen. Ihre gemeine Vorgehensweise in ihrer Kritik zeigt, daß sie die schlimmsten Fehler in sich vereinen, Hochmut, Arroganz und Unmenschlichkeit. Diese Fehler, im Menschen haben schon oft ins Unglück und Unfreiheit geführt. Für sich selber aber nehmen die Leute der MG alles in Anspruch, was ihnen an Freiheit geboten wird. Eins zeigt sich jetzt schon deutlich: Die Knechte der Unfreiheit leben heute schon wieder unter uns.

Stefan Wollitz
— ohne Adresse —

AKUT Leserbriefe

Nicht nur eine Frage
es guten Willens

Lieber Bernd!

Viele Deiner SP-Eindrücke muß ich mit Dir teilen — ein in der Tat frustrierendes Bild, was zumindest uns von der GAG immer wieder vor die Frage stellt, ob SP-Arbeit überhaupt sinnvoll ist.

Allerdings bleibt Dein Bericht bei einer oberflächlichen Beschreibung der Zustände stehen, und deshalb können m.E. Deine abschließenden seff

sechs Forderungen auch nicht fruchten. Denn die Hintergründe dieses „Zirkusses“ erschließen sich eigentlich nur, wenn man als Abgeordneter einmal ein paar Sitzungen miterlebt hat.

Treffender als das Attribut „beschämend“ umschreibt m.E. der Ausdruck „frustrierend“ die SP-Zustände. Diese Frustration erlebe ich einmal in der konkreten SP-Arbeit, zum anderen aber auch in den Bedingungen unserer parlamentarisch ausgerichteten Demokratie allgemein.

Beginnen wir mit ersterem: Du bringst als Beispiel die „Strategie“ des SP-Auszuges, der dann zur Beschlußunfähigkeit des Parlaments führt. Dies ist allerdings nur ein Vorgehen unter vielen, um nichtgenehme Beiträge aus der Welt (pardon; : dem SP) zu schaffen. Als Neuling unter den Parlamentariern erschlossen sich mir im Laufe meiner SP-Lernzeit u.a. noch folgende Vorgehensweisen:

- a) „Strategie des abgeschlossenen Tagesordnungspunktes“ — ist abzusehen, daß ein unerfreulicher Antrag unter einem

laufenden Tagesordnungspunkt eingebracht werden soll, beantrage man einfach die Beendigung desselbigen bevor der Beitrag an der Reihe ist.

- b) „Strategie der Vertagung“ — sollte der Antrag aber doch eingebracht worden sein, beantrage man seine Verlegung auf eine spätere SP-Sitzung (in der Hoffnung, daß sich die Angelegenheit bis dahin „erledigt“ habe)
- c) „Strategie der Nicht-Zulässigkeit“ — da das SP kaum jemals seine volle Tagesordnung bewältigen kann, haben manche Anträge nur eine Chance, wenn sie einem übergeordneten Punkt untergeschoben werden. Mit der richtigen Mehrheit lassen sich solche Anträge al-

Wir freuen uns über jeden
Leserbrief. Aus Platzgrün-
den müssen wir uns je-
doch vorbehalten, Leser-
briefe evtl. zu kürzen.

Die Red.

lerdings immer als „nicht-zulässig“ abschmettern.

Sind all diese Hürden überwunden, so ist der Antrag natürlich noch lange nicht in die Tat umgesetzt. Die Mühlen der mit seiner Verwirklichung beauftragten Funktionäre mahlen schwer; und daß das ein oder andere etwas verzögert erscheint oder untergeht, ist wohl nicht immer unbeabsichtigte Schlaperei.

Nun ist das SP und seine Arbeitsweise ja keine Welt für sich, sondern durchaus Abbild unseres parlamentarischen Systems. Und das dieses nicht gerade zu aktiver Teilnahme am politischen Prozeß ermutigt, sondern vor allem eine Quelle fortlaufender Frustration darstellt, ist nichts Neues — Frustrationen darüber, daß

- o „die Macht des Volkes“ darauf beschränkt bleibt, alle 4 Jahre ein undifferenziertes Kreuzchen machen zu dürfen
- o in vielen Fragen die Regierung ein Bild der „Unregierbarkeit“ zeigt; und zwar nicht aufgrund von ein paar konsequenten Alternativ-Abgeordneten, sondern vielmehr aufgrund der Abhängigkeit von „Sachzwängen“ und „internationalen Verpflichtungen“.
- o auf dem langen, langen Weg bis zur Entscheidungsspitze so mancher erfolgversprechende Vorschlag die etablierten Filter nicht passieren kann. Was das Arbeitsklima des SPs angeht, so ist es m.E. vor allem die Folge der so

beschreibbaren Frustrationen. Es gibt nun verschiedene Art und Weisen, damit umzugehen:

- a) Das SP als „Trainingsmöglichkeit“ — Es gibt da eine Gruppe von „alten SP-Hasen“, die durch Engagement und rhetorisch-taktischem Geschick vornehmlich die Szenerie beherrschen. Da das SP allein wohl kaum einen ausreichenden Anreiz für solche Aktivität bieten dürfte, nehme ich an, daß es mehr oder weniger als Sprungbrett/Übungsfeld für über- und nachgeordnete Ziele dient (z.B. für eine spätere politische „Karriere“)
- b) Das SP als „Lustmöglichkeit“ — Angesichts der Fruchtlosigkeit der SP-Anwesenheit liegt es nahe, diese so angenehm wie möglich zu gestalten. Deshalb die Bierflaschen, die angeregten Gespräche mit dem Tischnachbarn, die Begeisterung für möglichst polemisch-sarkastische Redebeiträge.
- c) das SP als Möglichkeit, „seiner Pflicht nachzugehen“. Viele SPler sitzen dort wohl ohne große Ansprüche, aber in der Hoffnung, daß ihre Anwesenheit doch ihren Teil beitragen möge (und sei es auch nur in der Funktion, die Geschlossenheit der Fraktion zu demonstrieren).



Soweit eine intuitive „Typologie“ der Bonner SP-Abgeordneten, über die sich sicherlich streiten läßt, die aber vielleicht eine Erklärungsmöglichkeit für den „Zirkus“ bietet. M.E. können daher auch Deine, Bernds, Verbesserungsvorschläge und Appelle nicht greifen, weil mit etwas gutem Willen die Lage kaum zu verbessern ist.

Vielmehr drücken die Zustände im SP wohl grundsätzlichere Schwierigkeiten unseres parlamentarischen Systems aus, das den Abgeordneten einerseits von seiner Wählerbasis entfremdet, ihn andererseits in institutionelle Zwänge steckt. Nur angesichts des Eingebundenseins in unüberblickbare Strukturen (angefangen bei der „Geschäftsordnung“ des SPs), der Verflochtenheit der zur Debatte stehenden Interessen und Undurchschaubarkeit der wirklichen Hintergründe (vor denen das inhaltsunabhängige „Denken“ und Abstimmen in festgefahrenen Blöcken eine Erleichterung bietet) ist Deine Beschreibung der SP-Arbeit verständlich. Deshalb hat sich auch für mich immer wieder die Frage gestellt, ob Fachschaftsarbeit „vor Ort“ nicht sinnvoller ist als die Mitgliedschaft im SP.

Thomas Brüninghaus
(Grüne Alternative Gruppe)

Bonn
Bornheimer Str. 139

Griechische Spezialitäten TAVERNE KRETA

Telefon 65 84 88

Es gibt viele Minderheiten...

Akademiker, AKUT-Leser, Analphabeten, Ausländer, Antialkoholiker, Arbeitslose, Bahnfahrer, Behinderte, Demonstranten, Diabetiker, FKK-Urlauber, Hausmänner, Heimkinder, Homosexuelle, Hundehalter, Jugendliche, Kunst-Sammler, Kriegsdienstverweigerer, Ledige, Nichtraucher, Professoren, Prokuristen, Selbständige, Theaterbesucher, Unfallopfer, Vermögende, Waisen.

Jeder ist irgendwo in einer Minderheit. Oft sogar in mehreren. Die großen Parteien kümmern sich meist nur um Mehrheiten. Die F.D.P. paßt auf, daß Minderheiten nicht unter die Räder kommen.

Deshalb wählen Junge Liberale F.D.P. Wer zu einer Minderheit gehört (zum Beispiel siehe oben) und sich für die Freiheit des einzelnen einsetzen will, der sollte seine Stimme der F.D.P. geben.

Junge Liberale.

Und am besten bei den Jungen Liberalen mitarbeiten! Info: Julis, Dorotheenstraße 16, 5300 Bonn.

Wahlkampf — ein Rückblick

Nun ist er vorbei, der Wahlkampf, eine Schlacht mit allen Mitteln. Die Wahlen zum SP haben stattgefunden. Trotzdem sind sicherlich vielen die mehr oder minder markigen Sprüche der „Wahlplakate“ im Gedächtnis geblieben. Sie waren schließlich unübersehbar. Scheinbar sollte die Masse es machen, es wurde wohl davon ausgegangen, daß die Studenten auf diese Weise eher von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen und sich zur Wahl animiert fühlen würden. Aber eher das Gegenteil war der Fall.

Überall und in den verschiedensten Weisen bemühten und wußten sich alle Hochschulgruppen zu präsentieren. Die Plakate hingen im Hofgarten an Bäumen und Laternenpfählen, die Wände in der Universität waren gleich in drei Schichten übereinander mit solchen Papieren, die Wahlplakate sein sollten, „bekleistert“ (O-Ton zweier Komilitoninnen), Treppengeländer wurden zum Aufhängen von Wandzeitungen benutzt. Vor lauter Papier konnte man die Wahlplakate an sich sowieso nicht mehr definieren.

In den Hörsälen und Seminarräumen sowie in der Mensa ging es ebenfalls nicht besser zu. Durch Berge von Flugblättern verschiedenster Gruppen mußte man sich quasi einen Weg schieben, um einen Sitzplatz zu erhalten. Die Blätter selber las dann doch kaum jemand. Doch das war noch nicht genug, denn zu Beginn der Veranstaltungen und Vorlesungen stellten sich erst einmal die Kandidaten der



zur Wahl aufgestellten Gruppen vor. Das zog nach sich, daß man u.U. an einem Tag gleich dreimal dieselben Kandidatenreden sich anhören mußte. Mir fiel und fällt dazu nur noch ein: „Steter Tropfen höhlt den Stein.“

Nach diesem Motto schienen wirklich die meisten Hochschulgruppen zu verfahren. In einigen Fällen waren gleich 30 Wahlplakate von ein und derselben Art nebeneinander aufgehängt. Genauso unverständlich ist es mir, daß die gegensätzlichen Gruppierungen sich auch gegenseitig ihre Plakate abrissen oder mit den eigenen überklebten. Muß das denn sein? Dies ist in meinen Augen kein fairer und demokratischer Wahlkampf mehr, sondern ein Kampf um die Vorherrschaft.

Meiner Ansicht nach wird durch solch eine Materialschlacht, wie sie in diesem Wahlkampf geliefert worden ist, eher ein Abstumpfungseffekt bei denen erzielt, die durch solche Wahlplakate angesprochen werden sollen, nämlich den Studenten. Vielen ist solch eine Art von Wahlkampf einfach zu

dumm, viele wählen deshalb auch nicht.

Den Inhalt und die Aussagekraft von Flugblättern und Wahlplakaten sollte man am besten überhaupt nicht „unter die Lupe nehmen“. Manche Gruppen suchen ihr Heil in bildlichen Darstellungen und Karikaturen, um um Stimmen zu werben, andere versuchen es mit mehr oder weniger lauen Thesen oder Schlagzeilen (Bsp.: „Alle Kraft gegen Rechts“ oder „Aktiv für Studenten“). Die Aufzählung ließe sich noch beliebig fortsetzen, dies sind nur zwei zufällig ausgewählte Beispiele. Es gibt auch noch sehr viel einfallslosere Wahlsprüche, die auf einem Plakat, verbunden mit einem Igel-ähnlichen Tier feststellen: „Bange machen gilt nicht“. Als durchschnittlicher Student kann man sich dann nur noch fragen, was solche Parolen überhaupt noch aussagen sollen, wollen und können.

Sicherlich sind manche Wahlsprüche auch witzig und einfallsreich (z.B. Wählt weder Willms noch Schwier, wählt Liste 4), andere werben mit Karikaturen

und Comics, jedoch: die Aussagekraft solcher, manchmal auch mit uralten Argumenten „gespickten“ Wahlaufzählungen ist m.E. gleich null. Sachlich sind sie zudem allemal nicht, nur auf die Studentenpolitik beschränken sie sich erst recht nicht. („Gegen die rechte Bundesregierung“, „linkes Bündnis mit den Gewerkschaften“).

Ist dies denn überhaupt noch in dieser Art ein sinnvoller Wahlkampf? Meiner Meinung nach nicht. Jede Gruppe, ob links oder rechts, pocht immer auf ihre Sachlichkeit und ihr demokratisches Verhalten, doch praktizieren tut es keine. Die Wahlplakate, besonders von bestimmten Gruppierungen, sind beschrieben, bedruckt mit polemisierenden, demagogischen Sprüchen. Der Eindruck entsteht, als ob die Plakate ausgehängt würden, um der konträrgesinnten Gruppe einen Gegenschlag zu erweisen und nicht, um die Studenten zu informieren und um ihre Stimmen zu werben. Ich würde es begrüßen, wenn im nächsten Wahlkampf lieber nur ein Viertel aller Plakate bedruckt und auf diesen wirklich etwas von den Vorstellungen der jeweiligen Gruppe im Hinblick auf die Studentenpolitik dargelegt würde. Sicherlich ist dies auf der kleinen Fläche eines Wahlplakates sehr schwierig, aber vielleicht sollte es doch einmal ein Versuch wert sein!?

Die massiven Kandidatenvorstellungen haben ebenfalls viele Studenten abgeschreckt, besonders wegen des „demokratischen“ Verhaltens einiger Kandidaten/-tinnen. In ihren Programmreden erhoben diese den Anspruch darauf, demokratisch zu sein und griffen im selben Augenblick die Kandidaten des „gegnerischen“ Lagers mit Vehemenz an, verdammt sie wegen ihrer Politik und stempelten sie zu Nicht-Demokraten ab. Solche pauschalisierten Urteile und Angriffe sollten doch eigentlich Studenten, die an ein kritisches Hinterfragen durch die Universität gewöhnt sind, nicht zufriedenstellen. Vielleicht sollte man solche Kandidatenvorstellungen beim nächsten Wahlkampf zentrieren, so daß auch einmal die Möglichkeit gegeben wäre, mit den jeweiligen Kandidaten zu diskutieren. So wären die Kandidaten auch den Studenten bekannter und der Wahlkampf würde nicht mehr so anonym verlaufen.

Ein letzter Vorschlag wäre, daß die Wahlprogramme, die die einzelnen Gruppen herausgeben, auch so an der Uni verbreitet würden, daß alle Studenten sich mit diesen auseinandersetzen könnten. So wäre dann eine wirklich sachliche und demokratische Ebene für den Wahlkampf gegeben. (wr)

FRS FLUG — REISE SERVICE — GmbH Beraten · Planen · Buchen

DAS REISEBÜRO NICHT NUR FÜR JUNGE LEUTE

WIR BIETEN UNTER ANDEREM

MAGIC BUS
INTER CHALET
JET REISEN
MEYERS WELTREISEN
UFO-REISEN
JUGENDREISEN
STUDENTENREISEN
EURO TOURS
FLÜGE

z.B. FLÜGE KÖLN-BERLIN-KÖLN ab DM 240,-
z.B. BRÜSSEL-NEW YORK-BRU ab DM 890,-



transalpino

BAHNFahrTEN FÜR JUNGE LEUTE UNTER 26.

PREISBEISPIELE AB BONN

PARIS	H/R DM 96,-
LONDON	DM 82,-
ANKARA	DM 240,-
ATHEN	DM 210,-
BELGIEN	DM 23,-
DUBLIN	DM 168,-
HELSINKI	DM 190,-
CASABLANCA	DM 220,-
MADRID	DM 161,-

JETZ AUCH MIT SCHIFFSVERBINDUNGEN
AUF DIE MITTELMEERINSELN.

FLUG-REISE-SERVICE, FRITZ-TILLMANN-STR. 4, TEL. 02 28 - 22 10 71

Seit 1. 12. 82 geänderte Bedingungen

Hochschule

Träume vom zwanglosen Konsensus

Diessseits und jenseits der Hochschuldemokratisierung

Tu. — Die Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden, Interessenharmonie aller Teile der Hochschulkorporation — diese Formeln waren fragwürdig geworden angesichts der immer stärkeren Spezialisierung und Kollektivierung der Arbeit, zu einer Zeit, da die Wichtigkeit wissenschaftlicher Ausbildung für beruflichen Aufstieg und gesellschaftliche Entwicklung die Studentenzahlen sprunghaft anwachsen ließen: wissenschaftliche Mitarbeiter, die mehr und mehr Aufgaben in Forschung und Lehre übernahmen, erlebten die Freiheit der Wissenschaft als Willkür der Ordinarien, Studenten die Hochschule als hierarchisch geordnete Lehranstalt, sich selbst als Anstaltsbenutzer... „Ordinarienuniversität“ nannte man das und setzte

Die Studentenparlamentswahlen sind vorüber, bald stehen Wahlen zum Satzungskonvent an: Mehr nolens als volens macht sich nun auch die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn daran, das Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen in eine neue Grundordnung umzusetzen. Vor etwas mehr als einem Jahrzehnt war der Versuch gescheitert, durch Anpassung an das damals beschlossene Landeshochschulgesetz auch die Universität Bonn von einer „Ordinarienuniversität“ in eine „Gruppenuniversität“ umzuwandeln: Stein des Anstoßes war das Ausmaß der Mitbestimmungsrechte von Studenten und Assistenten — keine der vorgeschlagenen „Paritäten“ fand eine qualifizierte Mehrheit. Einmal gar wurde der Satzungskonvent von kommunistischen Gruppen mit Gewalt auseinandergetrieben. Die Paritäten sind im neuen Hochschulgesetz genau festgelegt; dennoch scheint es nicht gänzlich gesichert, daß der Konvent eine neue Grundordnung beschließt, bevor wieder einmal in Düsseldorf ein neues Hochschulgesetz herauskommt...

Aus aktuellem Anlaß hier ein Rückblick auf die Debatte um die „Demokratisierung“ der Hochschule, die zu Anfang der achtziger Jahre noch ebenso aktuell scheint wie zu Ende der sechziger.

dagegen die Parole von der „Gruppenuniversität“, vorderte „Demokratisierung“ der Hochschule, Mitbestimmung aller Hochschulangehörigen in den Kollegialorganen statt der Selbstverwaltung allein durch die Lehrstuhlinhaber.

Demokratisierung und Emanzipation, Selbstbestimmung aller Universitätsmitglieder über ihre Tätigkeit, deren Inhalt, Schwerpunkt und Zielsetzung im Rahmen der kollektiven gesellschaftlichen Aufgaben der Universität — so oder so ähnlich die euphorischen Formeln in der Aufbruchsstimmung der sechziger Jahre, gleichberechtigte Beteiligung auch der Studenten und Assistenten an der Verfügung über die institutionellen und materiellen Voraussetzungen der Forschungs- und Ausbildungsprozesse innerhalb der Hochschule.

Jürgen Habermas' Theorie vom zwanglosen Konsensus wurde erinnert, von herrschaftsfreier Diskussion als Prinzip politischer Willensbildung in der Demokratie wie des Fortschritts in der Wissenschaft, und durch Öffentlichkeit dabei jede andere Gewalt als die des besseren Arguments ausgeschaltet.

Demokratisierung der Hochschule als Politisierung der Wissenschaft: kritische Selbstreflexion und Selbstkontrolle der wissenschaftlichen Intelligenz, durch gleiche Teilhabe von Professoren, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studenten an der Freiheit von Forschung und Lehre zugleich Explikation der gesellschaftlichen Funktionen der Wissenschaft im Bewußtsein politischer Verantwortung für Folgen und Nebenfolgen — wiederum Habermas als Prophet der neuen Lehre von der Hochschulreform als Teil einer „Fundamentaldemokratisierung“ der Gesellschaft.

Es gab eine lebhafteste Debatte unter den Politologen, ob es wohl legitim sei, die Form der politischen Demokratie auf die Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu übertragen? oder ob es notwendig bleibe — um der Freiheit des einzelnen wie um der Effizienz der gesellschaftlichen Institution willen —, zwischen dem Politischen und einem Nicht-Politischen zu unterscheiden? Das Prinzip der Demokratie, der Identität von Herrschenden und Beherrschten, stehe gegen das Prinzip von Gewaltenteilung und Herrschaftskontrolle, das sie Freiheit sichert, argumentierte ein konservativer Theoretiker: durch Demokratisierung, durch „mehr Demokratie“ — weniger Frei-

heit? „Die Bundesrepublik stellt ihrer oft deklarierten politischen Grundverfassung nach eine Harmonie beider Grundsätze in einer „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ dar; vielleicht ist es kein Zufall, daß das Prinzip der Freiheit in dieser Formel dem der Demokratie vorangeht...“ Dazu ein Progressiver, voll Freude, den Kollegen und Kontrahenten bei einem ganz trivialen Fehler in der Textanalyse ertappt zu haben: „In Klammern sei angemerkt, daß in dem Ausdruck ‚freiheitlich demokratische Grundordnung‘ das Wort ‚freiheitlich‘ ein dem Adjektiv ‚demokratisch‘ untergeordnetes Adverb ist! Sprache ist Glückssache — oder Unglücksache...“ Unglück beiderseits, und zwar nicht erst in der Analyse, sondern schon im Text, den beide zugrundelegten, mit einem kleinen, unscheinbaren Buchstaben zu wenig: „freiheitliche demokratische Grundordnung“ hatte der Parlamentarische Rat nach eingehenden Erörterungen formuliert — mit gutem Grund und Glück...

Während in den geistigen Höhen die Diskussion um Sinn und Recht der Demokratisierung ging (der Begriff dank seiner Etymologie mit einer Aura demokratischer Unantastbarkeit versehen, was die eine Seite wohlweislich zu pflegen wußte), während man die Notwendigkeit einer Erweiterung der Demokratie aufzuzeigen sich mühte und dabei die Grenzen zu ziehen, die Demokratisierung im Freiheitsrecht des Individuums, in der Sachgemäßheit der Entscheidungen, in den Leistungsanforderungen der Gesellschaft an die Hochschule finden mußte, derweil stritten sich die Organisatoren, welches denn die mitbestimmenden Gruppen in der Hochschule sein sollten und wie weit jeweils ihr Anteil an Mitbestimmung gehen dürfte. Ansprüche der wissenschaftlichen Mitarbeiter auf Mitentscheidung ließen sich schwerlich abweisen; heftigen Widerspruch gab es gegen die Forderungen der Studenten: das schien auf gleiche Mitbestimmung bei sachlich begründeter Ungleichheit hinauszulaufen — ein Mitbestimmungsanspruch der Privilegierten, von Kunden der Hochschule und Kostgängern der Gesellschaft, wie Lästerzungen meinten...

Demokratisierung der Hochschule: in einem strengen, formalen Sinne hätte das gleiches Stimmrecht für alle bedeuten müssen; da dies offenbar nicht vertretbar war, kam man auf das „Gruppenprinzip“: Mitbe-

„Nun ist nicht Reform an sich wünschenswert, sondern eine vernünftige Reform. Wir sollten deshalb achtgeben, daß nicht die falschen Kühe geschlachtet und die falschen heilig gehalten werden.“

Jürgen Habermas, Für ein neues Konzept der Hochschulverfassung

stimmung in einer partizipatorischen Demokratie, Repräsentation der akademischen Bürger in den Gremien der Korporation, indem nach Status, Funktion, Qualifikation, Interessen und Verantwortung unterscheidbare Mitgliedergruppen zum Zwecke der Wahrnehmung des aktiven und passiven Wahlrechts zusammengefaßt sind — statt der allgemeinen Gleichheit der Individuen also die „Parität“ als bestimmte Ungleichheit, als Verhältnis von akademischen „Ständen“. Die klassische studentische Forderung der sechziger Jahre ging auf eine „Drittelparität“ von Professoren, Assistenten, Studenten (an eine Beteiligung auch der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter hat die studentische Diskussionsfront damals offenbar nicht gedacht).

Ob mit der Grenze, die den Paritäten und der Demokratisierung da gezogen wurde (und mit dem, was die Hochschulgesetze an und unter dieser Grenze festgesetzt haben), nun schon zuviel der Hochschulreform geschehen sei oder noch zu wenig, bleibt bis heute umstritten. Freiheit von Forschung und Lehre sei nur in einer Sphäre möglich, die dem politischen Kräftespiel entzogen ist, wurde vor anderthalb Jahrzehnten vor der Demokratisierung und Politisierung der Hochschule gewarnt; hochschulpolitische Fragen könnten in einer demokratisierten Universität endlich nach den Regeln einer aufgeklärten politischen Willensbildung behandelt werden, ging die Hoffnung dagegen. Die Gruppenuniversität, in der statt der tradierten Repräsentation von Fächern eine Repräsentation von Gruppen herrscht, die sich wiederum in politischen Fraktionen scheiden und finden, wobei sich hochschulpolitische und allgemeinpolitische Gesichtspunkte vermischen — Kritikern gilt sie nach wie vor als „nicht wissenschaftsadäquat“: Parteipolitik herrsche statt Sachlichkeit, und das auch infolge eines Auseinanderfallens von Rechten und Pflichten, des Entscheidenkönnens ohne Haftung und Verantwortlichkeit, wie es die Demokratisierung mit sich gebracht habe. An die mitbestimmenden Studenten geht da der Vorwurf, sie orientierten sich oftmals mehr an ideologischen Schemata als an ihren Ausbildungsinteressen.

Links- und Rechtsextremismus an den Hochschulen

Aus dem Verfassungsschutzbericht der Bundesregierung für 1981

„Marxistischer Studentenbund Spartakus“ (MSB)

Der MSB bekennt sich unverändert zu den Theorien von Marx, Engels und Lenin („Tips für die Bildungsarbeit“), zum „realen Sozialismus“ in der DDR (Referat zum 7. MSB-Bundeskongreß in „rote blätter“ Nr. 11/1981) und der „enge(n) und solidarische(n) Kampfgemeinschaft“ mit der DKP. Mit ihr verbinde ihn das „sozialistische Ziel, die marxistische Weltanschauung und die anti-monopolistische Strategie“ (Protokoll des 6. DKP-Parteitag, S. 262, 590). Die Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Arbeitern, Angestellten und Studenten sei unerlässlich beim Kampf um eine „Wende zu demokratischem Fortschritt“. In der Bundesrepublik Deutschland genüge es nicht für Reformen „zu kämpfen, vielmehr sei es notwendig, die ganze Gesellschaft radikal zu verändern“ (Referat zum 7. MSB-Bundeskongreß, a.a.O.). Dazu befürwortete der MSB wiederum „gezielte und scharfe Kampfmaßnahmen“, bei der Wahl der „Kampfformen“ sei nicht die Frage entscheidend „Darf man das?“, sondern: „Was bringt die Kampfform zur Durchsetzung unserer gemeinsamen Ziele? Führt sie die Betroffenen zusammen? Kann mit ihr der Druck verstärkt, die Politisierung vertieft werden?“ (Ebenda)

Der auf dem 7. Bundeskongreß (3./4. 10.1981 in Bremen) wiedergewählte Bundesvorsitzende Uwe Knickrehm ist Mitglied des DKP-Parteivorstands. Etwa 70 % der MSB Mitglieder sind auch in der DKP organisiert, darunter die beiden stellvertretenden Bundesvorsitzenden.

Der MSB blieb mit über 6 000 Mitgliedern (1980: 6 100) stärkster und einflussreichster linksextremistischer Studentenverband. Die durchschnittliche Auflage des monatlich erscheinenden MSB-Organs „rote blätter“ lag bei etwa 20 000 (1980: ca. 30 000); zu aktuellen Anlässen erschienen wiederum „rote blätter Extra“.

Ebenso wie die SDAJ legte auch der MSB großen Wert auf die Schulung seiner Mitglieder. „Grundstock“ waren die vom Bundesvorstand herausgegebenen „Bildungsthemen“ und die „Einführungskurse“.

Der MSB unterhielt auch 1981 Kontakte zu kommunistischen Jugend- und Studentenorganisationen der DDR und des Auslandes. So nahm er am XI. Parlament der FDJ (2.–5.6.1981) und am „Internationalen Freundschaftslager“ des FDJ am Scharmützelsee/DDR (25.7.–5.8.1981) teil. MSB-Delegationen besuchten im Frühjahr und im Sommer die Sowjetunion. Auch der MSB-Kongreß wurde zu Kontakten mit anderen kommunistischen Jugend- und Studentenorganisationen genutzt. Der MSB ist Mitglied im sowjetisch gesteuerten WBDJ.

Studentenarbeit

Auch 1981 blieb der erhebliche Einfluß orthodoxer Kommunisten an Hochschulen ungeschmälert. Träger ihrer Studentenarbeit waren wie bisher der „Marxistische Studentenbund Spartakus“ (MSB) und die etwa 100 DKP-Hochschulgruppen, denen die an einer Hochschule studierenden und beschäftigten DKP-Mitglieder angehören. Auf seinem 7. Bundeskongreß am 3./4. Oktober in Bremen hob der MSB die „Zusammenarbeit der Linkskräfte“ an Hochschulen hervor, bezeichnete die „Aktionseinheit“ mit dem „Sozialistischen Hochschulbund“ (SHB) als „höchste organisierte Form der Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten“ und betonte die positive Entwicklung der Kooperation mit Jungsozialisten (Referat zum 7. MSB-Bundeskongreß am 3./4. 10.1981 in „rote blätter“, Nr. 11/1981). Der SHB – nach eigenen Angaben mit über 2 000 Mitgliedern (PPA-Tagesdienst vom 24./26.10.1981) –, dessen marxistisches Grundverständnis sowie dessen Strategie und Taktik weitgehend mit orthodox-kommunistischen Vorstellungen übereinstimmen, war nach wie vor „Dauerbündnispartner“ des MSB. Der MSB protestierte u.a. mit spektakulären Aktionen, z.B. „Besetzungen“, gegen „Hochrüstung“ und „Rotstiftpolitik“. Der MSB-Vorsitzende Uwe Knickrehm sagte dazu:

„Wenn Spartakisten das Bonner dpa-Büro, eine Osnabrücker Zeitungsredaktion, zahlreiche BAföG-Ämter besetzen, wenn Genossinnen und Genossen von uns Stinkbomben im Bundestag werfen, wenn Genossen von uns zusammen mit Genossen von der DKP und der SDAJ auf dem Dach des Bonner Rathauses stundenlang gegen den Haig-Besuch protestieren, dann demonstrieren wir, daß wir nicht bereit sind, die Verhältnisse hinzunehmen“ (Referat zum 7. MSB-Bundeskongreß in „rote blätter“, Nr. 11/1981).

MSB und SHB stellten zusammen auch 1981 die Hälfte des Vorstands der „Vereinigten Deutschen Studentenschaften“, die sich nach Vorstellungen des MSB zu einem „Initiativ- und Koordinierungsorgan für den Kampf gegen die Formierungspläne der Herrschenden („Selbstverwalten oder verwaltet werden?“), 1. Bildungsthema, Wintersemester 1981/82, hrsg. vom MSB-Bundesvorstand) entwickeln sollen.

Linksextremisten in Studentenvertretungen

Im Dezember 1981 waren in 37 der 43 berücksichtigten Studentenparlamenten Linksextremisten vertreten. In sieben SP besaßen sie mehr als 50 % der Mandate; ihr durchschnittlicher Anteil lag bei etwa einem Drittel.

Im Dezember 1981 waren in 30 der 41 berücksichtigten Allgemeinen Studentenausschüsse (ASten) Linksextremisten vertreten; in diesen 30 ASten entfielen ca. 50 % aller Sitze auf Linksextremisten. Sechs ASten bestanden ausschließlich aus Linksextremisten, in neun weiteren ASten verfügten Linksextremisten über

mehr als 50 % der Sitze. In den 41 berücksichtigten ASten lag der Anteil der Linksextremisten bei ca. 37 %.

Die „Marxistische Gruppe“ (MG) bekannte sich als „kommunistische Organisation“ zur „Revolution“, für die sie vor allem in Betrieben und an Hochschulen agitierte („der Ketzer“ vom Mai 1981). Hinsichtlich der Abschlüpfung ihres Verbandslebens, der straffen Organisation und der Einbindung der Mitglieder kommt sie den K-Gruppen der „Neuen Linken“ nahe. Die Zahl ihrer Mitglieder stieg auf etwa 700 (1980: 500) bei einer erheblich größeren Zahl von Kandidaten und „Sympathisanten“.

Die MG war in mindestens 36 Hochschulorten tätig; den Schwerpunkt bildete Bayern. Auf Bundesebene gab sie die Schriftenreihe „Resultate“, die „Marxistische Studentenzeitung“ und die „Marxistische Arbeiterzeitung“ heraus; daneben erschienen örtliche „Hochschulzeitungen“ mit Einzelaufgaben bis zu 14 000 Exemplaren sowie zahlreiche Flugschriften. Die MG führte mehr als 200 Diskussionsforen durch, an denen bis zu 1 600 Personen teilnahmen.

Am 22. November führte die MAG „anlässlich des Breschnjew-Besuches in der BRD“ in Bonn eine „betont einseitige“ Demonstration „Gegen BRD-Imperialismus und NATO-Weltherrschaft“ mit etwa 6 500 Teilnehmern durch. MG-Anhänger störten zunehmend Veranstaltungen anderer Organisationen.

Rechtsextremistische Bestrebungen

„Nationaldemokratischer Hochschulbund“ (NHB)

Der nur wenige Dutzend Mitglieder zählende NHB, ebenfalls NPD-Nebenorganisation, blieb auch 1981 bedeutungslos. Bei den Hochschulwahlen kandidierte er erfolglos in München. Geringe Resonanz zeigte eine „Aktionswoche“ im Februar an fünf Universitäten ebenso wie die Auto-Rallye im Juli im Landkreis Fürstentum. Ein „Arbeitskreis Nationaldemokratischer Akademiker“ (ANA) soll als Altherrenschaft der Verbesserung der Finanzlage dienen.

Anmerkung: Der Verfassungsschutzbericht für 1981 wurde im letzten Sommer – noch von der sozial-liberalen Koalitionsregierung – erstellt und ist inzwischen als Broschüre erschienen.

SP-AKTUELL

Ein Artikel in der Jura-Zeitschrift „Tatbestand“ von Christian Barath, der sich mit Hochschulgebühren beschäftigte, löste – im SP-Wahlkampf – eine Kettenreaktion aus. Wir veröffentlichen die SP-Beschlüsse dazu in sinngemäßer Reihenfolge.

Erklärung des AStA Uni Bonn

Der AStA Uni Bonn als Vertreter der Bonner Studentenschaft hat die Einführung von Studiengebühren stets entschieden bekämpft. Auch in Zukunft wird sich der AStA mit allen Mitteln dafür einsetzen, eine Einführung von Studiengebühren zu verhindern. Dies ist für den AStA eine klare und selbstverständliche Position, die bereits in mehreren Beschlüssen unmißverständlich zum Ausdruck gekommen ist.

So hat der AStA bereits auf einem AStA-Seminar am 23. Juli 1982 beschlossen, daß sowohl die Umstellung auf Volldarlehen als auch die Einführung von Studiengebühren abzulehnen und zu bekämpfen sei. Der AStA hat diese Position unter anderem am 27. Oktober 82 in einer Resolution, die auch im Bundesbildungsministerium veröffentlicht wurde, bekanntgemacht. An dieser Position hat sich bis zum heutigen Tage selbstverständlich nichts geändert und dies wird auch in Zukunft nicht der Fall sein.

Auch den oppositionellen Gruppen im Studentenparlament ist diese Haltung bekannt. Umso unverständlicher ist es für den AStA, daß dies im Studentenparlamentswahlkampf von einigen Gruppen völlig anders dargestellt wird. Die Behauptung, der AStA würde sich für Studiengebühren einsetzen, kann nur als infame Verleumdung gewertet werden, die auch durch die Wahlen zum Studentenparlament nicht entschuldigt werden kann.

Der AStA verurteilt solche Entgleisungen und einen solchen Wahlkampfstil aufs schärfste. Die vorgebrachten Vorwürfe gegen den AStA entbehren jeder Grundlage. Daß dies von den oppositionellen Gruppen wider besseren Wissens behauptet wird, ist kennzeichnend für einen skrupellosen, vor keiner noch so üblichen Verunglimpfung und Diffamierung zurückschreckenden Wahlkampfstil. Der AStA ist der Überzeugung, daß sich solche Verleumdungen unweigerlich gegen die sie vorbringenden Gruppen richten werden und daß sie mit diesem Verhalten ihre Unfähigkeit dokumentiert haben, politische Verantwortung für die Studentenschaft zu tragen.

Persönliche Erklärung

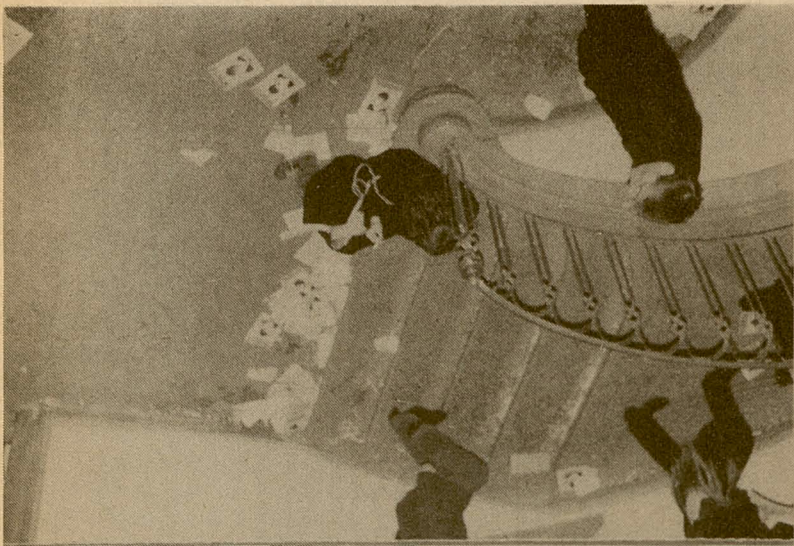
Hiermit trete ich als Presse- und Öffentlichkeitsreferent und als stellv. AStA-Vorsitzender des AStA Uni Bonn zurück. Ich hätte nie gedacht, daß ein Artikel diese Wirkung haben würde. Außerdem weise ich auf das Entschiedenste zurück, daß die Forderung nach Hochschulgebühren unsozial ist und gegen die Interessen der Studentenschaft sind.

gez. Christian Barath

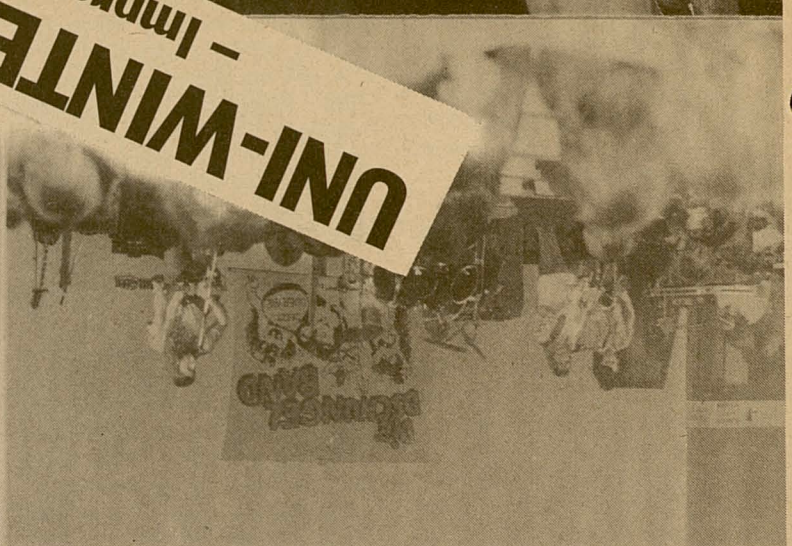
Beschluß:

1) Das SP lehnt jegliche Versuche und Bestrebungen der Einführung von Studiengebühren ab. Das SP ist der Meinung, daß dies einen ungeheuren Verstoß gegen das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit und stellt das gesamte Konzept der Hochschulpolitik der Bundesregierung dar. Für uns sind derartige Bestrebungen nicht diskussionswürdig. (Wortlaut d. handschriftl. Manuskripts)

2) Das SP verurteilt die diesbezüglichen Veröffentlichungen des stellv. AStA-Vorsitzenden Barath, der sich damit außerhalb der Position seiner Gruppe und des AStA stellt. Das SP rügt Barath. Seine Haltung ist nicht mit seiner Arbeit im AStA vereinbar.



UNI-WINTERFEST '83 - Impressionen -



Links- und Rechtsextremismus

...mehr als 30 % der Studierenden
Linksextremisten bei ca. 37 %.

Die „Marxistische Gruppe“ (MG) bekannte sich als „kommunistische Organisation“ zur „Revolution“, für die sie vor allem in Betrieben und an Hochschulen agitieren („der Ketzer“ vom Mai 1981). Hinsichtlich der Abschirmung ihres Verbandslebens, der straffen Organisation und der Einbindung der Mitglieder kommt sie den K-Gruppen der „Neuen Linken“ nahe. Die Zahl ihrer Mitglieder stieg auf etwa 700 (1980: 500) bei einer erheblich größeren Zahl von Kandidaten.

Schwerpunkt bildete

Materialien zu einer deutschen Ideologie

Aus Anlaß etlicher Jubiläen zusammengestellt von Josef Tutsch

Friedrich Nietzsche: Staat heißt das kälteste aller kalten Ungeheuer. Kalt lügt es auch; und diese Lüge kriecht aus seinem Munde: „Ich, der Staat, bin das Volk.“

Dort, wo der Staat aufhört, da beginnt erst der Mensch, der nicht überflüssig ist; da beginnt das Lied des Notwendigen, die einmalige und unersetzliche Weise... (Also sprach Zarathustra; Vom neuen Götzen)

Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Der Staat ist die göttliche Idee, wie sie auf Erden vorhanden ist...

...Die Freiheit ist nur das, solche allgemeine substantielle Gegenstände wie das Recht und das Gesetz zu wissen und zu wollen und eine Wirklichkeit hervorzubringen, die ihnen gemäß ist — den Staat. Die Weltgeschichte stellt die Entwicklung des Bewußtseins des Geistes von seiner Freiheit und der von solchem Bewußtsein hervorbrachten Verwirklichung dar... (Philosophie der Geschichte)

Karl Marx/Friedrich Engels: Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen. (Manifest der Kommunistischen Partei).

Marx/Engels: Sowie nämlich die Arbeit verteilt zu werden anfängt, hat jeder einen bestimmten ausschließlichen Kreis der Tätigkeit, der ihm aufgedrängt wird, aus dem er nicht heraus kann; er ist Jäger, Fischer oder Hirt oder kritischer Kritiker und muß es bleiben, wenn er nicht die Mittel zum Leben verlieren will — während in der kommunistischen Gesellschaft, wo jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden kann, die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt und mir eben dadurch möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu

treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden. Dieses Sichfestsetzen der sozialen Tätigkeit, diese Konsolidation unseres eigenen Produkts zu einer sachlichen Gewalt über uns, die unserer Kontrolle entwächst, unsre Erwartungen durchkreuzt, unsre Berechnungen zunichte macht, ist eines der Hauptmomente in der bisherigen geschichtlichen Entwicklung, und eben aus diesem Widerspruch des besonderen und gemeinschaftlichen Interesses nimmt das gemeinschaftliche Interesse als Staat eine selbständige Gestaltung, getrennt von den wirklichen Einzel- und Gesamtinteressen, an, und zugleich als illusorische Gemeinschaftlichkeit, aber stets auf der realen Basis der in jedem Familien- und Stamm-Konglomerat vorhandenen Bänder, wie Fleisch und Blut, Sprache, Teilung der Arbeit im größeren Maßstabe und sonstigen Interessen — und besonders... der durch die Teilung der Arbeit bereits bedingten Klassen, die in jedem derartigen Menschenhaufen sich absondern und von denen eine alle anderen beherrscht. Hieraus folgt, daß alle Kämpfe innerhalb des Staates, der Kampf zwischen Demokratie, Aristokratie und Monarchie, der Kampf um das Wahlrecht etc. etc., nichts als die Illusorischen Formen sind, in denen die wirklichen Kämpfe der verschiedenen Klassen untereinander geführt werden... ferner, daß jede nach der Herrschaft strebende Klasse, wenn ihre Herrschaft auch, wie dies beim Proletariat der Fall ist, die Aufhebung der ganzen alten Gesellschaftsform und der Herrschaft überhaupt bringt, sich zuerst die politische Macht erobern muß, um ihr Interesse wieder als das Allgemeine, wozu sie im ersten Augenblick gezwungen ist, darzustellen. (Die deutsche Ideologie)

Johann Wolfgang Goethe: In der Jugend, wo wir nichts besitzen oder doch den ruhigen

Besitz nicht zu schätzen wissen, sind wir Demokraten; sind wir aber in einem langen Leben zu Eigentum gekommen, so wünschen wir dieses nicht allein gesichert, sondern wir wünschen auch, daß unsere Kinder und Enkel das Erworbene ruhig genießen mögen. Deshalb sind wir im Alter immer Aristokraten ohne Ausnahme, wenn wir auch in der Jugend uns zu anderen Gesinnungen hinneigten. (zu Eckermann)

Nietzsche: Die Kultur und der Staat — man betrüge sich hierüber nicht — sind Antagonisten: „Kultur-Staat“ ist bloß eine moderne Idee. Das eine lebt vom andern, das eine gedeiht auf Unkosten des andern. Alle großen Zeiten, der Kultur sind politische Niedergangs-Zeiten: was groß ist im Sinn der Kultur, war unpolitisch, selbst antipolitisch. (Götzen-Dämmerung)

Marx: Der Staat existiert nur als politischer Staat. Die Totalität des politischen Staats ist die gesetzgebende Gewalt. Teil an der gesetzgebenden Gewalt nehmen ist daher teil am politischen Staat nehmen, ist sein Dasein als Glied des politischen Staats, als Staatsglied beweisen und verwirkliche. Daß also alle einzelnen Anteil an der gesetzgebenden Gewalt nehmen wollen, ist nichts als der Wille aller, wirklich (aktive) Staatsglieder zu sein oder sich ein politisches Dasein zu geben oder ihr Dasein als ein politisches zu beweisen und zu effektuieren. (Kritik des Hegelschen Staatsrechts).

Nietzsche: die Schätzung der Politik... Schon jetzt hört sie auf, das Handwerk des Edelmanns zu sein: und es wäre möglich, daß man sie eines Tages so gemein fände, um sie, gleich aller Partei- und Tagesliteratur, unter der Rubrik „Prostitution des Geistes“ zu bringen. (Die Fröhliche Wissenschaft)

Marx: Entweder findet Trennung des politischen Staats und der bürgerlichen Gesellschaft statt, dann können nicht alle einzelnen an der bürgerlichen Gewalt teilnehmen. Der politische Staat ist eine von der bürgerlichen Gesellschaft getrennte Existenz. Oder umgekehrt. Die bürgerliche Gesellschaft ist wirkliche politische Gesellschaft. Dann ist es Unsinn, eine Forderung zu stellen, die nur aus der Vorstellung des politischen Staates als der von der bürgerlichen Gesellschaft getrennten Existenz, die nur als der theologischen Vorstellung des politischen Staates hervorgegangen ist. In diesem Zustand verschwindet die Bedeutung der gesetzgebenden Gewalt als einer

repräsentativen Gewalt gänzlich. Die gesetzgebende Gewalt ist hier Repräsentation in dem Sinne, wie jede Funktion repräsentativ ist, wie z.B. der Schuster, insofern er ein soziales Bedürfnis verrichtet, mein Repräsentant ist, wie jede bestimmte soziale Tätigkeit als Gattungstätigkeit nur die Gattung, d.h. eine Bestimmung meines eigenen Wesens, repräsentiert, wie jeder Mensch der Repräsentant des anderen ist. Er ist hier Repräsentant nicht durch ein anderes, was er vorstellt, sondern durch das, was er ist und tut. (Kritik des Hegelschen Staatsrechts).

Nietzsche: Alle Staaten sind schlecht eingerichtet, bei denen noch andere als die Staatsmänner sich um Politik kümmern müssen, und sie verdienen es, an diesen vielen Politikern zugrunde zu gehen. (Schopenhauer als Erzieher)

Arthur Schopenhauer: ...die große Mehrheit (der Menschen) höchst egoistisch, ungerecht, rücksichtslos, lügenhaft, mitunter sogar boshaft und dabei mit sehr dürftiger Intelligenz ausgestattet ist, so erwächst hieraus die Notwendigkeit einer in einem Menschen konzentrierten, selbst über dem Gesetz und dem Recht stehenden, völlig unverantwortlichen Gewalt, vor der sich alles beugt, und die betrachtet wird als ein Wesen höherer Art, ein Herrscher von Gottes Gnaden. Nur so läßt sich auf die Länge die Menschheit zügeln und regieren. (Parerga und Paralipomena Bd. II: Zur Rechtslehre und Politik)

Martin Luther: Es sind ja nur wenige gläubig und nur der kleinere Teil verhält sich nach Christenart, daß er dem Übel nicht widerstrebt, ja daß er nicht gar selber Übel tut. Deshalb hat Gott für diese Nichtchristen neben dem Christenstand und Gottes Reich ein anderes Regiment geschaffen und hat sie dem Schwert unterworfen. Sie sollen doch nicht tun können, was ihrer bösen Art entspricht, auch wenn sie es gerne wollten, und wenn sie es tun, sollen sie es doch nicht ohne Furcht und nicht mit Frieden und Glück tun können...

Denn wenn das nicht so wäre, so würde, wo doch alle Welt böse und unter tausend kaum ein rechter Christ ist, eins das andre fressen, so daß niemand imstande wäre, Weib und Kind anzuleiten, seiner Nahrung nachzugehen und Gott zu dienen; dadurch würde die Welt Wüste.

Vielleicht wollte nun jemand die Welt nach dem Evan-

UNIVERSITÄTSBUCHHANDLUNG

Bouvier

Am Hof 32 – Fürstenstraße 3

Bouvier science center
5300 Bonn, Mensa Poppelsdorf

Bouvier juridicum
5300 Bonn, Nassestraße 1

„Staat heißt das kalteste aller kalten Ungeheuer“

gelium regieren und alles weltliche Recht und Schwert aufheben... Er würde den wilden bösen Tieren die Bande und Ketten auflösen, daß die jedermann zerrissen und zer-bissen... (Von weltlicher Obrigkeit: Wie weit man ihr Gehorsam schuldig sei).

Nietzsche: Ihr habt alle nicht den Mut, einen Menschen zu töten, oder auch nur zu peitschen, oder auch nur zu —, aber die ungeheure Maschine von Staat überwältigt den einzelnen, so daß er die Verantwortlichkeit für das, was er tut, ablehnt. (Gehorsam, Eid usw. aus dem Nachlaß).

Luther: Also wenn ein Christ in einen Krieg zieht oder zu Gericht sitzt und Recht spricht und Strafen verhängt oder seinen Nächsten verklagt, das tut er nicht als ein Christ, sondern als ein Krieger, Richter, Jurist etc., behält aber gleichwohl ein christliches Herz, das niemandem begehrt Böses zu tun und dem es leid wäre, daß dem Nächsten sollte ein Leid geschehen... (Wochenpredigten über Matth. 5—7)

Marx: Die einzig praktisch mögliche Befreiung Deutschlands ist die Befreiung auf dem Standpunkt der Theorie, welche den Menschen für das höchste Wesen des Menschen erklärt. Die Emanzipation des Deutschen ist die Emanzipation des Menschen. Der Kopf dieser Emanzipation ist die Philosophie, ihr Herz das Proletariat. Die Philosophie kann sich nicht verwirklichen ohne die Aufhebung des Proletariats, das Proletariat kann sich nicht aufheben ohne die Verwirklichung der Philosophie. (Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie).

Richard Wagner: Gruß der Revolution: „Ich bin das ewig verjüngende, das ewig schaffende Leben! Wo ich nicht bin, da ist der Tod! Ich bin der Traum, der Trost, die Hoffnung des Leidenden!...“

Ich will zerstören jeden Wahn, der Gewalt hat über den Menschen. Ich will zerstören die Herrschaft, des einen über den anderen, der Toten über die Lebendigen, des Stoffes über den Geist; ich will zerbrechen die Gewalt der Mächtigen, des Gesetzes und des Eigentums. Der eigne Wille sei der Herr des Menschen, die eigne Lust sein einzig Gesetz, eigne Kraft sein ganzes Eigentum, denn das Heilige ist allein der freie Mensch, und nichts Höheres ist denn er... Vernichtet sei der Wahn, der den Menschen untertan macht seinem eignen Werke, dem Eigentume... Zerstören will ich die bestehende Ordnung

der Dinge, welche die einige Menschheit in feindliche Völker, in Mächtige und Schwache, in Berechtigte und Rechtlose, in Arme und Reiche teilt, denn sie macht aus allen nur Unglückliche. Zerstören will ich die Ordnung der Dinge, die Millionen zu Sklaven von wenigen und diese wenigen zu Sklaven ihrer eignen Macht, ihres eignen Reichtums macht. Zerstören will ich diese Ordnung der Dinge, die den Genuß trennt von der Arbeit, die aus der Arbeit eine Last, aus dem Genuße ein Laster macht, die einen Menschen elend macht durch den Mangel und den anderen durch den Überfluß... (Die Revolution)

Nietzsche: Wagner hat sein halbes Leben lang an die Revolution geglaubt... „Woher stammt alles Unheil in der Welt?“ fragte sich Wagner. Von „alten Verträgen“: antwortet er, gleich allen Revolutions-Ideologen. Auf deutsch: von Sitten, Gesetzen, Moralen, Institutionen, von alledem, worauf die alte Welt, die alte Gesellschaft ruht. „Wie schafft man das Unheil aus der Welt? Wie schafft man die alte Gesellschaft ab?“ Nur dadurch, daß man den „Verträgen“ (dem Herkommen, der Moral) den Krieg erklärt... der Aufgang des goldenen Zeitalters; die Götterdämmerung der alten Moral — das Übel ist abgeschafft... Wagners Schiff lief lange Zeit lustig auf dieser Bahn. Kein Zweifel, Wagner suchte auf ihr sein höchstes Ziel. — Was geschah? ein Unglück. Das Schiff lauf auf ein Riff; Wagner saß fest. Das Riff war die Schopenhauersche Philosophie; Wagner saß auf einer konträren Weltansicht fest. Was hatte er in Musik gesetzt? den Optimismus. Wagner schämte sich... Er besann sich lange, seine Lage schien verzweifelt... Endlich dämmerte ihm ein Ausweg: das Riff, an dem er scheiterte, wie? wenn er es als Ziel, als Hinterabsicht, als eigentlichen Sinn seiner Reise interpretierte? Hier zu scheitern — das war auch ein Ziel... Und er übersetzte den „Ring“ ins Schopenhauersche. (Der Fall Wagner)

Goethe: Der reine wahre Despotismus entwickelt sich aus dem Freiheitssinne; ja er ist selbst der Freiheitssinn mit dem Gelingen. Der Freiheitssinn strebt ins Unbedingte, er will herrschen, ohne daß er immer imstande ist und werden kann. Nun kommt bei einem das Gelingen hinzu, und so ist der Despot fertig. (zu Riemer)

Immanuel Kant: ...der Herrscher im Staat hat gegen den Untertan lauter Rechte und

keine (Zwangs-)pflichten... Wider das gesetzgebende Oberhaupt des Staats gibt es aber keinen recht mäßigen Widerstand des Volks; denn nur durch Unterwerfung unter seinen allgemein-gesetzgebenden Willen ist ein rechtlicher Zustand möglich...

... wenn eine Revolution einmal gelungen ist, und eine neue Verfassung gegründet ist, so kann die Unrechtmäßigkeit des Beginnens und der Vollführung desselben die Untertanen von der Verbindlichkeit, der Ordnung der Dinge sich, als



gute Staatsbürger, zu tugend, nicht befreien. Und sie können sich nicht weigern, derjenigen Obrigkeit ehrlich zu gehorchen, die jetzt die Macht hat. (Metaphysik der Sitten, Rechtslehre)

Luther: ... der Obrigkeit soll man nicht mit Gewalt widerstehen, sondern nur mit dem Bekenntnis der Wahrheit. Kehrt sie sich daran, so ist es gut; andernfalls bist du nicht schuldig und leidest Unrecht um Gottes Willen... (Von weltlicher Obrigkeit)

Marx: Die arbeitende Klasse wird im Laufe der Entwicklung an die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft eine Assoziation setzen, welche die Klassen und ihren Gegensatz ausschließt, und es wird keine eigentliche politische Gewalt mehr geben, weil gerade die politische Gewalt der offizielle Ausdruck des Klassengegengesatzes innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ist. (Das Elend der Philosophie).

Nietzsche: Zuletzt — man kann es mit Sicherheit aussprechen — muß das Mißtrauen gegen alles Regierende, die Einsicht in das Nutzlose und Aufreibende dieser kurzatmigen Kämpfe die Menschen zu einem ganz neuen Entschlusse drängen: zur Abschaffung des Staatsbegriffs, zur Aufhebung des Gegensatzes „privat und öffentlich“... (Menschliches, Allzu-

menschliches)

Marx: Der Kommunismus als positive Aufhebung des Privateigentums als menschlicher Selbstentfremdung und darum als wirkliche Aneignung des menschlichen Wesens durch und für den Menschen; darum als vollständige, bewußt und innerhalb des ganzen Reichtums der bisherigen Entwicklung gewordene Rückkehr des Menschen für sich als eines gesellschaftlichen, d.h. menschlichen Menschen. Dieser Kommunismus ist als vollendeter Naturalismus = Humanismus, als voll-

deter Humanismus = Naturalismus, er ist die wahrhafte Auflösung des Widerstreits zwischen dem Menschen mit der Natur und mit dem Menschen, die wahre Auflösung des Streits zwischen Existenz und Wesen, zwischen Vergegenständlichung und Selbstbetätigung, zwischen Freiheit und Notwendigkeit, zwischen Individuum und Gattung. Er ist das aufgelöste Rätsel der Geschichte und weiß sich als diese Lösung. (Ökonomisch-philosophische Manuskripte).

Nietzsche: Der demagogische Charakter und die Absicht, auf die Massen zu wirken, ist gegenwärtig allen politischen Parteien gemeinsam; sie alle sind genötigt, der genannten Absicht wegen, ihre Prinzipien zu großen Al-fresco-Dummheiten umzuwandeln und sie so an die Wand zu malen. (Menschliches, Allzumenschliches)

Luther: Obrigkeit ändern und Obrigkeit bessern sind zweierlei Dinge, so weit voneinander wie Himmel und Erde. Ändern kann leicht geschehen. Bessern ist mißlich und gefährlich... (Ob Kriegsleute auch in seligem Stande sein können).

Goethe: Die Menschen werfen sich im Politischen wie auf dem Krankenlager von einer Seite zur anderen, in der Meinung besser zu liegen. (zu v. Müller)



Herzlichen Glückwunsch!

Bei Wagner muß ich kotzen und bei Mozart werd' ich krank*)

Neue Rille von Spliff, genannt
„Herzlichen Glückwunsch“

Nach ihren Alben „Radio show“ und „85555“ ist „Herzlichen Glückwunsch“ die dritte Lp der früheren Nina-Hagen-Band. Während man die „Radio-show“ noch für den englischsprachigen Raum produzierte, schwimmt Spliff seit „85555“ erfolgreich mit auf der „Neuen Deutschen Welle“. Daran wird sich vermutlich auch durch die neue Lp nichts ändern, die ganz in der Manie der „Alten“ produziert worden ist. Öckere Texte und gute Rhythmen machen die Platte hörens Wert, obwohl sie für meinen Geschmack ein wenig zu kommerziell aufgemacht wurde. Die Lieder „Herr Kennedy“ und „Augen zu“ ragen aus den anderen durch ihre textliche Aussagekraft heraus, während „das Blech“ die

*Überschrift von Spliff auf „Das Blech“

Hitaukopplung aus der Lp zwar gekonnten Disco-Funk darstellt, textlich aber doch stark unterbelichtet wirkt. (Siehe auch Titel)

Wem die letzte Lp von Spliff nicht gefallen hat, wird auch an der neuen wenig Freude haben. Verglichen mit anderen Gruppen nimmt Spliff, aber trotz aller Kritik, die an der Scheibe berechtigt geäußert werden kann, immer noch einen Spitzenplatz unter den Gruppen ein, die mit deutschen Texten Anhänger für sich gewinnen möchten.

Übrigens: Für Nena-Fans sei erwähnt, daß sie bei der Entstehung der Platte mitgewirkt hat, was allerdings nicht weiter verwunderlich ist, wenn man weiß, daß zwei Spliff-Mitglieder ihre Hit-Single „nur geträumt“ produziert haben.

(Bernd Hölzenbein)

Bücherecke

Meyers Taschenlexikon Geschichte, Bibliographisches Institut, 76.— DM

Aus der reichen Erfahrung mit Meyers Lexika heraus hat die Redaktion Geschichte des Bibliographischen Instituts jetzt ein Nachschlagewerk zur Geschichte vorgelegt — sechs kartonierte Bände in Kassette —, derzeit wohl das umfangreichste und bestgearbeitete Lexikon dieser Art auf dem deutschen Markt: Auf beinahe 2000 Seiten Kurzbiographien bedeutender Persönlichkeiten, kleine Essays zu historischen und politischen Begriffen oder Schlagworten, Artikel über untergegangene und noch bestehende Staaten... Mit diesem Staatenteil wird das Geschichtslexikon übrigens zugleich ein Nachschlagewerk zur politischen Geographie oder Gegenwart. Auch sonst sind Begriffe der aktuellen Diskussion berücksichtigt; über die gewohnte Staaten- und Militärchronologie hinaus greifen die Stichwörter weit in die Bereiche der Sozial-, Kultur- und Religionsgeschichte, und auch die sonst oft vernachlässigten außereuropäischen Kul-

turen sind angemessen vertreten. Literaturangaben ergänzen viele Stichwörter. Besonderen Wert gewinnen die Bände durch eine große Zahl von (mehrfarbig gestalteten) Abbildungen, Graphiken, Tabellen, Stammtafeln, Übersichten usw. sowie von historischen Karten, die das

Die Welt anders- aus unserer Perspektive.



amnesty
international
Jahresbericht
1982

ai

erhältlich
im
Buchhandel

Lexikon auch zu einem historischen Atlas machen. Bedauerlich nur, daß die Redaktion gerade zu diesen Materialien eine Übersicht nicht angefügt hat; sie hätte die Möglichkeit zu systematischem Gebrauch dieses Nachschlagewerkes noch erhöht.

—Tu.

Tu. — Ein umfangreiches, dabei handliches, wohl und knapp geschriebenes Musiklexikon, wie es bisher auf dem deutschen Markt fehlte — der Verlag F. A. Brockhaus hat es, aus seiner großen Lexikontradition heraus und in Zusammenarbeit mit dem renommierten Musikverlag B. Schott's Söhne, vorgelegt:

Der Musikbrockhaus, 68.— DM.

Was zuerst auffällt: Die sogenannte „E-Musik“, ob nun Klassik oder Avantgarde, ist ebenso vertreten wie Jazz und Rock oder Pop — bei der Gespaltenheit unseres Musikbetriebs ja nicht gerade eine Selbstverständlichkeit. Dementsprechend vielfältig sind die Stichwörter zu Komponisten und Interpreten, die Begriffe aus Musiktheorie und -geschichte, aus Musizierpraxis und Reproduktionstechnik, ergänzt durch eine Fülle von Porträtabbildungen, technischen Zeichnungen, Übersichten zu Geschichte und Gegenwart des Musiklebens usw. Durchweg befriedigend gelöst ist das altbekannte Problem der Verbalisierung gerade von Musik: konzise, auf die Form zielende Stilcharakteristiken, statt — wie es in Musikführern so oft geschieht — in vage Schein-Bedeutung auszuweichen.

Als Jurastudent ist man normalerweise folgenden Ablauf gewöhnt: Man geht zuerst in eine Vorlesung und schaut dann in einem Lehrbuch nach, was man nicht verstanden hat oder vertiefen müßte. Wer mit dieser Art, sich einen Stoff „einzupfropfen“, nicht zurecht kommt, dem sei ein programmiertes Lehrbuch ans Herz gelegt. Der Vorteil dieser Art zu lernen liegt

Hermann Dilcher, Schuldrecht, Besonderer Teil in programmierter Form 2. Auflage de Gruyter Lehrbuch, Preis: 48,— DM, Berlin/New York 1982

wohl darin, daß jeder sein eigenes Arbeitstempo bestimmen und so die Arbeit nach Belieben eingestellt werden kann. Auch werden wenig Vorkenntnisse vorausgesetzt, so daß das Buch auch von Leuten bearbeitet werden kann, die vom Besonderen (aber auch Allgemeinen) Schuldrecht so gut wie keine Ahnung haben. Für ganz Fleißige empfiehlt es sich, dieses Buch schon zu bearbeiten, bevor man die Vorlesung zum Schuldrecht besucht. Dann versteht man das Fachchinesisch des Prof. besser und verliert so den Faden nicht. Das Schuldrecht B.T. von Hermann Dilcher kann man jedem empfehlen, da die Begriffe, die man braucht ständig wiederholt werden, so daß sie auch dem letzten Studenten in „Fleisch und Blut“ übergehen. Ferner ist das Buch auch verwendbar, wenn man einzelne Paragraphen oder Stichwörter sucht, denn ein entsprechendes Verzeichnis ist vorhanden. (Bernd Hölzenbein)

BÜCHER RÖHRSCHEID

gegenüber der Uni

gegr. 1818

63 1281

Am Hof 28
Ecke Fürstenstraße

„Zum Wohle des Volkes . . .“

Nachdem der Studentenparlamentswahlkampf vor etwa zwei Wochen zu Ende gegangen ist, der den einen oder anderen mehr oder weniger berührt hat, stehen bereits die nächsten Wahlen in Aussicht, bzw. wir sind schon mittendrin im Bundestagswahlkampf. So erscheint uns das Geringe um die Sitze im Studentenparlament schon fast lächerlich verglichen mit einem Wahlkampf „großen Stils“.

Nachdem Bundespräsident Carstens am 7. Januar sein Ja-Wort für die Bundestagswahlen am 6. März gegeben hat, beschäftigten sich Presse und Medien mit den diversen Kandidatennominierungen, den Plätzen auf den Landeslisten und den verschiedenen kleineren Streitigkeiten zwischen den Parteien, die bereits Ahnungen hochsteigen ließen, was noch alles auf uns zukommen kann.

Das Kandidatenkarussell drehte sich; alle wollen nach ihrer Wahl „zum Wohle des Volkes“ handeln, bzw. da sie nach Artikel 38 I GG nur ihrem Gewissen verantwortlich sind, handeln sie so, wie sie meinen, es sei für alle richtig. Betrachtet man als Wähler das, was da zum eigenen Wohle entschieden und verabschiedet, ausgesagt und verkündet wird, so wundert man sich. Heftigst. Manches Mal kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, alles geschehe zur Freude bestimmter Interessengruppen.

Ach ja, eine Lobby benötigt man dringend, wenn das eigene Wohl nicht zu kurz kommen will. Man muß sich nur mit einer Sache oder Organisation identifizieren, diese unterstützen, vielleicht Mitglied werden und schon ist man besorgt, daß auch die richtigen Entscheidungen zum Wohle der eigenen Interessengruppe getroffen werden. So kann man auch mühelos allen politischen Entscheidungen, die die eigene Lobby unberührt lassen, dafür einer anderen Lobby an den Kragen gehen, freundlich zunicken; vor allem dann, wenn betont wird, die Entscheidung sei zum Wohle des Volkes getroffen worden.

Viele Bundestagsabgeordnete sind auch gleichzeitig die Vertreter irgendeiner Interessengruppe und manchmal hat man den Eindruck, sie seien nur dieser Interessengruppe verpflichtet. Gerade in Diskussionen wird oft deutlich, daß alle einer Meinung sind, solange keine Lobby berührt wird. Geht es der Lobby allerdings an den Kragen, so muß manchmal das Wohl des Volkes hinten anstehen.

So amüsant es dann und wann sein kann, die Diskussionen unter den Lobbyisten zu beobachten, so bedauerlich ist es doch, wenn ich an mir selbst be-

obachte, wie ich dazu neige, jemandem mein Wohlwollen auszusprechen, der in meinem – und nur in meinem – Sinne entscheidet.

Es drängt sich die Frage auf, ob wir alle bereits der Diktatur von Interessenverbänden zum

Opfer fallen oder gar gefallen sind. Als „mündigen Bürgern“ dürfte uns das eigentlich nicht passieren.

Und da sind wir nun bei der Frage angelangt, was ihn ausmacht, den mündigen Bürger. Sicherlich nicht nur die Fähigkeit, bei jeder Wahl in der Wahlkabine ein Kreuzchen vor den Kandidaten der bevorzugten Partei zu malen.

Mündiger Bürger hin – Interessengruppe her, vielleicht sollten wir uns alle einmal fragen, warum wir einem bestimmten Kandidaten einer bestimmten Partei unsere Stimme geben. Es könnte ja sein, daß mein bevorzugter Kandidat zwar mein ureigenes Interesse vertritt, darüber hinaus aber nichts weiter.

ule

terschaftsgeld, Bildungsurlaub, betriebsärztliche Versorgung, Kuren, vermögenswirksame Leistungen. Die Liste ist bei weitem nicht vollständig, es zeigt sich jedoch auch so schon deutlich, welchen Weg die Sozialkostenbelastung geht. Da die Personalzusatzkosten mit wachsendem Gehalt jährlich steigen, ist eine Begrenzung der Belastung kaum abzusehen, zumal jeder Arbeitnehmer von den Beiträgen zur Sozialversicherung profitieren will, niemand bereit ist, auf Vorteile, die der Arbeitskollege für sich beansprucht, freiwillig zu verzichten.

An dieser Stelle treffen sich die Argumentationen Günther Mertz mit denen von Jürgen Isermann. Isermann sieht einen Ausweg aus der Misere in einer Förderung des sozialen Gewissens, der Eigenverantwortung der Arbeitnehmer. Die Arbeitgeberverbände fordern eine Anpassung an die Anforderungen der Zeit, „eine tragfähige Gesamtkonzeption, die eine Rückbesinnung auf eine richtig verstandene Solidarität beinhaltet und die Eigenverantwortung ausreichend berücksichtigt. „Gemeinsames und rasches Handeln aller politischen und gesellschaftlichen Gruppen sei erforderlich.

Aber gerade hier beginnen die Schwierigkeiten. Gemeinsamkeit fordern sie alle, doch wer praktiziert sie? Die kontroversen Parteien legen ihre Einstellung dar – und beharren darauf! Ihre Argumentation läuft immer auf ein Ziel hinaus: der andere muß einlenken. So auch die Meinung des DGB, vertreten durch Matthias Günther. Leider hatte sich der DGB geweigert, einen Interessenvertreter ins Haus der Arbeitgeber zu schicken, so daß Günther als Retter in der Not einsprang, um die Arbeitnehmerseite überhaupt repräsentiert zu sehen. Matthias Günther hatte damit allerdings größere Schwierigkeiten. Er, ein Mann der DGB-Basis und dort sicherlich bestens informiert, war nicht in der Lage, Fragen allgemein zur Politik des DGB zu beant-

Können wir uns den Sozialstaat leisten?

Ein Seminar der Initiative Jugendpresse e. V. (IJP)

Wer eine klare Antwort, ein kompromißloses Ja oder Nein auf die Frage, ob wir uns den Sozialstaat noch leisten können, erwartet hatte, war mit einer zu hohen Erwartungshaltung zum Seminar der IJP, einem der vier Dachverbände der Jugendpresse in Deutschland, vom 12.–14. November in Bad Nauheim erschienen. Sollten innerhalb von zwei Tagen die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter, die Journalisten und Schülerzeitungsredakteure eine Antwort auf eine Frage finden, die Politiker und andere Fachleute seit Wochen beschäftigt? Sicher nicht, und doch hat die Arbeit im Bildungshaus des Arbeitgeberverbandes der hessischen Metallindustrie zumindest einen Einblick in die Aufgaben und Grenzen unseres Sozialstaates gegeben.

Die IJP hatte sich, wie es ihrer Zielsetzung entspricht, bemüht, Vertreter kontroverser Standpunkte als Referenten zu gewinnen. So standen denn auch Arbeitgebervertreter wie der Personalleiter der Firma Philips GmbH Apparatefabrik Wetzlar, Günther Mertz, und der Vertreter des Arbeitgeberverbandes der hessischen Metallindustrie, Jürgen Isermann, neben dem Vorsitzenden des DGB-Kreises Limburg-Weilburg, Matthias Günther, auf dem Programm.

Mertz überflutete die Seminarteilnehmer mit Zahlenmaterial, um die enormen

Belastungen der Arbeitgeber darzustellen. Weltweit hat Deutschland die dritthöchsten Arbeitskosten pro Stunde (nach den USA und Schweden) und der deutsche Arbeitnehmer die meisten arbeitsfreien Tage: bis zu 40 in der Metallindustrie. Die Arbeitgeber zahlen nochmal fast 80 % der Bruttolöhne an „Personalzusatzkosten“ zusätzlich zum Lohn. Finanziert werden müssen Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung (je 50 % anteilig von Arbeitgeber und Arbeitnehmer), Gehalts- und Lohnfortzahlungen für sechs Wochen im Krankheitsfall, Mut-

Bonner Studenten Fahrschule

Münsterstraße 17 · 53 Bonn 1 · Telefon 63 41 88

Anmeldung und Auskunft:

Montag und Mittwoch

Freitag

Unterricht Mittwoch

von 17.00 bis 18.30 Uhr

von 9.30 bis 11.00 Uhr

von 18.30 bis 20.00 Uhr

worten. Emotionsgeladen agierte er, ohne etwas zu sagen und die Ansicht des DGB auch nur anreißen zu können.

Lösungsvorschläge oder wenigstens -möglichkeiten zu zeigen, wurde dann auch von den anwesenden Journalisten erwartet. Christian Schulte, Journalist für Sozialpolitik beim Hessischen Rundfunk, nahm Stellung zu den Meinungen beider Tarifpartner. Er verdeutlichte Norbert Blüms Lohnpausen-Modell ebenso wie die Bemühungen der Gewerkschaften um höhere Löhne, um der Inflation zu begegnen — Grundlageninformationen, die zum Verständnis der kontroversen Parteien beitragen sollten.

Am Ende des Seminars hatte jeder der Teilnehmer drei Seminarzeitungen in der Hand, in denen das Gehörte verarbeitet worden war. Hatte auch niemand die Antwort auf die Frage nach der Zukunft unseres Sozialstaates gefunden, so war doch allen klar: um die Grenzen der Belastbarkeit nicht überstrapazieren, erfordert es den Dialog — den Dialog zwischen den Interessenvertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Doch nach dem Dialog muß der Kompromiß gefunden werden, denn beide Parteien sind sich wohl einig, daß der Sozialstaat unbedingt erhalten bleiben muß: „Er ist grundlegendes Element unserer freiheitlichen Ordnung und entscheidende Voraussetzung für den sozialen Frieden.“

Susanne Klein

Getreu unserem Grundsatz, jeden Leserbrief zu veröffentlichen, wenn auch aus technischen Gründen u. U. gekürzt, weisen wir jedoch aus gegebenem Anlaß darauf hin, daß Leserbriefe keine Meinungsäußerung der Redaktion darstellen und ausschließlich die Meinung des Leserbriefschreibers wiedergeben.

Die Red.

Leser-brief

Betr.: Leitartikel unter dem Thema „Ausländer raus?“ auf S. 3 des Magazins „Akut“ vom 15. Dez. 1982

Lieber Jörg!

Obgleich ich als Medienkonsument über ein beträchtliches Maß an Toleranz gegenüber Publikationen aller Art verfüge, übersteigt doch der o.g. Artikel die Grenzen des Erträglichen so erheblich, daß er in dieser Form nicht unwidersprochen bleiben darf.

Offensichtlich bestehen bezüglich der Gegenstände Deiner und meiner Verwunderung wesentliche Differenzen.

Hättest nämlich Du mit der auf eine „AStA“-Wand gepinselte Forderung „Türken raus!“ „nicht gerechnet“, so möchte ich meinerseits unglaubliches Staunen anmelden angesichts der katastrophalen Situation innerhalb bundesdeutscher Grenzen, die derartige Artikulationen erst notwendig erscheinen läßt.

Die aufmerksame Lektüre Deines Artikels vermittelt zwangsläufig den Eindruck, die hier ansässigen Gastarbeiter seien vor Jahren als „Skaven“ in unser Land „geholt“ worden, hätten sich bisher in redlicher Uneigennützigkeit dem Wohlstand der deutschen Nation geopfert und würden letztendlich als „Sündenböcke“ unserer Willkür anheim fallen.

Eine solche Darstellung verzerrt die realen Gegebenheiten in vorsätzlicher und unverantwortlicher Weise. Zutreffend ist vielmehr, daß türkische Arbeitnehmer aufgrund der negativen Wirtschaftslage im eigenen Land freiwillig sowie in Kenntnis der entsprechenden Bedingungen nach Deutschland gekommen sind. Da die Bundesrepublik kein Einwandererland

ist, war allen Betroffenen die befristete Qualität ihres Aufenthalts hinlänglich bekannt. Diese Tatsache läßt sich darüber hinaus aus der Bezeichnung „Gast“-Arbeiter zweifelsfrei entnehmen.

Daß sich unsere „Gäste“ in zunehmendem Maße als parasitäre Dauer-Belagerer mit den denkbar unangenehmsten Eigenschaften entpuppten und selbst angesichts ungünstiger wirtschaftlicher Verhältnisse im unfreiwilligen „Gastland“ nicht zur erforderlichen Rückkehr bewogen werden konnten, macht die von Dir monierten anti-türkischen Initiativen ebenso notwendig wie wünschenswert.

Die in Deinem Artikel geäußerte Vermutung, Ausländerfeindlichkeit entspringe „einer tiefen Unsicherheit in Bezug auf unsere Nationalität“ halte ich für eine sträfliche Fehleinschätzung. Gerade das Bewußtsein nationaler Zugehörigkeit und angestammter Kultur läßt deutsche Staatsbürger in verstärktem Maß gegen eine unerträgliche Überfremdung aufbegehren. Die bedrohlichen Dimensionen der „türkischen Invasion“ fordern von uns eine klare Entscheidung zugunsten unserer deutschen Identität.

„Nestbeschmutzer“, die sich im Namen einer falsch verstandenen Humanität gegen verschärfte Ausländergesetze aussprechen und damit der wirtschaftlichen sowie kulturellen Aushöhlung unserer Heimat Vorschub leisten, stellen dabei eine gravierende Gefahr dar. So treibt blinder, türkenfreundlicher Eifer neuerdings Auswüchse von alarmierender Absurdität.

Forderungen wie die Deine „Ausländer in der Bundesrepublik“ müßten von Deutschen vor

Deutschen geschützt werden, funktionieren die „Gastarbeiter-Farce“ zum Trauerspiel um.

Ebenso unsinnig erscheint Dein vehementes Engagement zugunsten sog. „Asylsuchender“, bei denen es sich erwiesenermaßen fast ausschließlich um Wirtschaftsflüchtlinge handelt. Daß deren Aufenthalt aber allein dem Zweck der Erschleichung von Sozialhilfegeldern dient, dürfte selbst Dir kein Geheimnis mehr sein!

Es entzieht sich im übrigen meinem Vorstellungsvermögen, wie ein so dichtbesiedelter, flächenmäßig kleiner Staat wie die BRD die Aufnahme politisch Verfolgter aus aller Welt garantieren kann, ohne daß dadurch den eigenen Bürgern erheblicher Schaden zugefügt wird.

Eine Vielzahl von Menschen deutscher Nationalität, die immer noch am Rande des Existenzminimums leben müssen, dürften Anlaß genug sein, fremden Bittstellern die Tür zu weisen.

Nicht die „Ausländerfeindlichkeit ist eine Herausforderung an uns“, sondern vielmehr die zunehmende Überfremdung, die dazu erst Anlaß gibt. Will man der wachsenden Antipathie gegenüber Ausländern wirksam begegnen, so gilt es, neben den Symptomen die Ursache zu beseitigen. Dies kann nur mittels der unverzüglichen Ausweisung jener Gastarbeiter geschehen, die sich inzwischen als unliebsame „Last“-Arbeiter erwiesen haben.

Als Bürgerin dieses Staates möchte ich mich nachdrücklich gegen Tendenzen verwahren, die in Initiativen zum Wohl des deutschen Volkes „verabscheuungswürdige Reaktionen“ sehen.

Mit bestem Gruß
Silvia Catharina Grohs
Mauerstraße 2
Remagen-Oberwinter

Erwiderung

Als ich diesen Leserbrief las, erinnerte ich mich daran, einen Text gleichen Inhalts bereits vor einem Jahr gelesen zu haben: Das HEIDELBERGER MANIFEST wurde am 5. Februar 1982 in der ZEIT abgedruckt.

Liebe Silvia Catharina, lese oder höre ich Äußerungen, wie Du sie uns anbietest, dann fällt mir Art. 1 Grundgesetz ein „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Hast Du Dir vielleicht einmal überlegt, was das bedeutet? Hier wird nicht zwischen Guten und Bösen, Schwarzen und Weißen, Angenehmen und Unangenehmen, Deutschen und Ausländern unterschieden. Es wird von der Würde gesprochen, was ebenfalls keine Unterschiede zuläßt.

„Das Bewußtsein nationaler Zugehörigkeit und angestammter Kultur“ das Du ansprichst, gekoppelt mit „Türken raus“ dient wohl auch dem „Wohle des Volkes“? Da lasse ich mir von Dir lieber bescheinigen, ich handelte mit „blindem türkenfreundlichen Eifer“!

Es gäbe noch vieles zu sagen, jedoch möchte ich es hierbei belassen. Ich weiß nur eines: Ich werde alles, was irgend geht, dafür tun, damit Menschen, die so wie Du denken, nie darüber entscheiden können, wie mit anderen Menschen umgegangen wird!

Ute Lenz

Aus Platzgründen stark gekürzt — Original in der Redaktion erhältlich.

Für Studentinnen

Ihr Damenfriseur
mit Kosmetikabteilung und Sonnenbank

Ganz in Ihrer Nähe:

Salon Hofgarten

KARIN BOGEN

Adenauerallee 25 — 5300 Bonn 1

Telefon 0228/223620

Dienstag und Mittwoch
SONDERPREISE

AKUT-Serie (III):

KORPORATIONEN

Wie bereits festgestellt, ist ein wachsendes Interesse an Verbindungen erkennbar. Nachdem die Korporationen in den 50er Jahren wieder auflebten, in den sechziger Jahren stark zurückgingen, ist ein erneutes Aufleben unverkennbar. In einer Zeit der schnellebigen Erneuerungen und des heraufbeschworenen Leistungsdrucks, kann man sich des Gefühls der Verwunderung darüber nicht erwehren. Es stellt sich die Frage, was so viele Studenten zu den Verbindungen führt.

Manchmal sieht man sie in der Stadt, mit ihren bunten Mützen und den gleichfarbigen Bändern um die Brust: die Korporationsstudenten. Es gehört eigentlich zum „Bonner Bild“, daß Bundbemützte nach der Sonntagsmesse im Münster noch zum Frühschoppen in den Salvator gehen. In anderen Städten würde dieser Aufzug möglicherweise Aufsehen erregen, aber die studentische Traditionstadt Bonn kennt dies. Und so ist es auch üblich, daß während der Semestereröffnungs-Gottesdienste die Vertreter der Studentenverbindungen in ihrer festlichen Traditionstracht, der „wix“, um den Altar stehen. Dabei ist doch so viel Negatives über diese Verbindungen zu hören. Nicht nur, daß dort übermäßig „gesoffen“ werden soll, sondern politisch seien sie auch extrem.

Was also ist los mit den Verbindungen, was zieht so viele an? Auch heute noch gibt es in Bonn sowohl schlagende, als auch nichtschlagende Verbindungen. Die einen also kennen noch die Mensur und die anderen lehnen diese strikt ab. Es wird kaum wundern, daß die schlagenden Verbindungen nicht so starken Zulauf haben. Wenn man nach einer Begründung für das Schlagen fragt, dann wird nicht die Männlichkeit angegeben, sondern die Steigerung des Gemeinschaftsgeistes und des Zusammenhalts. Einige sehen auch einen sportlichen Aspekt darin. Nur auf die dabei auftretenden Verletzungen und die dadurch begründete Brutali-

tät bekommt man keine Antwort. Und so ist es nicht gerade leicht zu verstehen, welche Motivation dahintersteht, wenn ein junger Student in eine schlagende Verbindung eintritt. Denn Zusammenhalt wird nicht durch Aggression alleine erzeugt.

Da jedoch der weit überwiegende Teil der Korporationen nichtschlagend ist, soll einmal das Leben in Verbindungen, die nicht schlagen, geschildert werden, zumal nur das tägliche „pauken“, also das Fechttraining, einen Unterschied zu anderen Verbindungsalltagen darstellt.

Das Leben in den Verbindungen

Zumindest als Jurist wird man sehr schnell mit Korporationen in Verbindung gebracht, denn die allsemestrige Juristenfete findet auf dem Haus der katholischen Studentenverbindung Ripuaria statt. Vielleicht dadurch interessiert, kann man leicht ein Semesterprogramm erhalten. Möglicherweise ist man interessiert und nimmt an einigen Veranstaltungen teil. Wenn der junge Student dann eintritt, ist er zunächst Mitglied auf Probe, Fux genannt. Diese Zeit soll genutzt werden, damit sowohl die Verbindung, als auch das neue Mitglied prüfen kann, ob einem das Verbindungsleben zusagt. Nach der Fuxenzeit wird der Student dann Bursch und ist Mitglied auf Lebenszeit. Nach dem Examen lautet die Bezeichnung „Alter Herr“. Die Mitglieder einer Verbindung nennen sich Bundesbrüder und das freundschaftliche Du ist obligatorisch, auch zwischen Füxen und den alten Herren.

Sieht man einmal von wenigen Ausnahmen ab, so gibt es nur reine Männerverbindungen. In Bonn existiert jedoch auch eine gemischte Verbindung. Dazu kritisch befragt erklärt ein Korporierter: „Bei einer Lebensverbindung läßt sich das nur schwer machen. Wenn man Frauen und Männer aufnehmen würde“, schildert er weiter „dann wäre es nicht zu verhindern, daß sich auch Partnerschaften entwickelten.“ Da ebenso wenig auszuschließen sei, daß diese Partnerschaften einmal auseinandergehen, könnte man dann mit großen Spannun-

gen rechnen. Würde es darüber hinaus zum Wechsel der Partnerschaften in den eigenen Reihen kommen, so wäre ein Auseinanderfallen der Verbindung sehr naheliegend. Aber es herrschen in den meisten Korporationen auch nicht Zustände wie in einem Kloster. Kommilitoninnen sind immer gerngesehene Gäste. Und die meisten Bundesbrüder haben ohnehin eine Freundin.

Bei den Verbindungen ist immer was los. Durchschnittlich jeden dritten Tag haben sie eine Veranstaltung. Hierzu werden entweder Referenten eingeladen, es wird eine Fete ausgerichtet oder ein geselliger Abend durchgeführt.

Dies entspräche auch den Prinzipien, die durch diese Veranstaltungen lebendig würden, berichtet der Verbindungsstudent. Unter Prinzipien sind unverrückliche Grundsätze einer Verbindung zu verstehen. Meist sind es Freundschaft, Wissenschaft, Religion und Vaterland. Unter Freundschaft ist der Lebensbund zu verstehen und ebenso das Miteinander der verschiedensten Charaktere. Das Prinzip Wissenschaft dient nicht nur dazu, allzu lebensfrohe Bundesbrüder notfalls mit sanfter Gewalt in die Uni zu schicken und somit vor dem „Versumpfen“ zu bewahren, sondern mit diesem Grundsatz soll auch der Blick über die eigene Fakultät hinaus ermöglicht werden. So gehört es zur Tradition, allsemestrig Fachvorträge anzubieten, jeweils aus wechselnden Bereichen. Es gibt wohl kaum einen Professor, der nicht schon einmal „auf“ einem Verbindungshaus referierte.

Ebenso ist es Tradition, bekannte Politiker einzuladen, und man staune, sie kommen auch. Doch wer glaubt, die als stark konservativ verschrieenen Korporationen würden nur CDU-Politiker einladen, um sich die Richtigkeit der eigenen Meinung bestätigen zu lassen und den selben Erfahrungshorizont klar abzuzeichnen, der wird bei der Durchsicht der Bonner Semesterprogramme den eigenen Horizont erweitern müssen. Dort sind nämlich auch so klingende Namen wie Horst Ehmke, Petra Kelly und Erhard Eppler zu finden. Aber da sind noch die studentischen Traditionsveranstaltungen, die zumindest vom Namen sehr bekannt sind und wesentlich zum Image der Korporationen beigetragen haben, die „Kneipen“.

Was ist eigentlich eine Kneipe?

Voller Erwartung der Dinge, die da kommen werden, betritt



der unbedarfte Student den Raum, indem die Verbindungsstudenten an den in „U-Form“ aufgestellten Tischen sitzen. Alle sind festlich gekleidet; am Tischkopf stehen große Kerzenleuchter, es wird gelacht, gewitzelt und einige sind in Gespräche vertieft.

Dann kommt ein Fux herein und ruft „Corona hoch zum Einzug der Chargen“, alles steht auf und der „Mann am Klavier“ spielt einen Einzugsmarsch. (Dieser Mann am Klavier wird allgemein „Biermusik“ genannt). — Die Tür geht auf, drei in Wix, der korporationsstudentischen Repräsentationstracht Gekleidete betreten den Raum, begrüßen die Corona und gehen dann auf ihre Plätze. Der Senior, vergleichbar mit einem Vorsitzenden, zum Kopf der Tischkonstellation, die beiden anderen jeweils an ein Ende der Tische. Die Kneipe beginnt. Es wird gesungen, der Senior hält eine kurze Ansprache, wieder wird gesungen, darauf ein sogenanntes Kolloquium, indem jeder sich mit seinem Nachbarn oder Gegenüber unterhält, durch die Gesänge ist die Stimmung fröhlich und schrankenlos geworden. Nach einigen Liedern wechselt das Präsidium mit feierlichem Auszug und Einzug des neuen, nach einer Pause. Jetzt ist alles schlagartig zwangloser geworden. Kneipen sind, so wird mitgeteilt, in drei Teile gegliedert: hochhoffiziell, offiziell und inoffiziell. Der offizielle Teil hat keine Rede des Präsidiums, dafür aber sogenannte Biermimiken. Diese sind kleine Sketsche oder Kabarettstückchen. Sinn ist es, neben der allgemeinen Unterhaltung, ebenso die Möglichkeit sich rhetorisch zu schulen und die Scheu eines öffentlichen Auftritts zu überwinden. (CB)

(wird fortgesetzt)

AKUT Serie: Korporationen

Während in den 60er Jahren die Studentenverbindungen auszusterben drohten, kann man in den letzten Semestern ein immer größeres Interesse erkennen. Und dies, obwohl Verbindungen in der Öffentlichkeit oftmals im negativen Bild dargestellt werden. Zweifels- ohne sind sie ein nicht hinweg zu denkender Bestandteil studentischer Tradition. Der starke Zuwachs hat AKUT veranlaßt, diese Serie zu starten.

MAN MUSS WISSEN
WOHIN
MAN GEHEN KANN



au château

DISKOTHEK

Bonn, Königstr./Ecke
Angelderstraße
Tel. 210701
dienstags für Feten etc. zu vermieten

Außer dienstags
ab 20 Uhr geöffnet

Reiner Zufall, daß der fünfundzwanzigjährige Reporter Franz Brecker am Abend eines Oktobertages nach zwanzig Jahren seinen Geburtsort wiedersah.

Der Zug, mit dem er gekommen war, fuhr gerade an und Brecker stand am Bahnsteig. Eigentlich hatte er nur eine Rast machen wollen im nächsten Ort. Was konnte er dafür, daß es ausgerechnet sein Geburtsort war? Er sah sich um. Links hinter der Absperrung die alten hölzerne Reklametafel, die für verschiedene Geschäfte und Betriebe der Umgebung warb, gerade vor ihm die Pappelreihe, die den Bahndamm begrenzte, unterhalb der Fluß, dahinter hoch aufsteigend die bewaldeten Berge, die sich im Nebel vermischten und verloren, rechts der gepflasterte Parkplatz.

In der Ferne verschwand der Zug und Brecker hörte nur noch das Klatschen des Regens auf der Bahnsteigüberdachung. Er blickte hoch. Die Bahnhofsfuhr zeigte halb acht. Er sah auf seine Armbanduhr, nahm den kleinen Koffer und betrat das hohe, kantige Gebäude. Am Fahrkartenschalter saß ein alter Mann, den er durch das Fensterchen ansprach:

„Entschuldigen Sie, wann geht der nächste Zug in die Stadt hier ab?“

„Morgen früh um zehn nach sieben. Heute fährt keiner mehr.“

„Gibt es die Pension hier im Gebäude noch?“

„Ja. Gehen Sie drüben die Treppe hinauf.“

„Ich weiß, danke. Übrigens, die Uhr draußen geht falsch. Es ist viertel vor sieben.“

Der Alte antwortete nicht. Brecker ging zum Eingang an der Straßenseite und spähte durch die Glastür auf sein Geburtshaus gegenüber. Der kleine Garten dahinter mit dem Springbrunnen war verwildert, das Gittertor zum Hof mit einer Kette verschlossen. Die Bäume entlang der Straße standen noch.

Er wollte sich nicht erinnern an die ersten fünf Jahre seines Lebens, die er hier verbracht hatte. Er war zu müde. Es war eine glückliche Kindheit gewesen, hier in dem kleinen Ort im Flußtal. Aber Vergangenheit! Man soll sie ruhen lassen; es interessierte ihn nicht.

Als er die Treppe zur Pension hinaufgestiegen war und an die Tür geklopft hatte, öffnete eine alte Frau in einer weißen Schürze.

„Guten Abend! Haben Sie noch ein Zimmer frei für eine Nacht?“

„Kommen Sie herein. Sie sind der einzige Gast.“

Zeitverschiebung

von Frank Bergmann

Sie ließ ihn ein in ein düsteres Vorzimmer mit Geweißen und alten Photographien an den Wänden. Links stand ein Sofa, dahinter ein Schreibtisch, die Schriftstücke darauf, Akten und Zettel säuberlich geordnet, rechts zwei Türen, neben ihm in der Ecke eine Standuhr, die bis zur Decke reichte. Das Pendel bewegte sich nicht.

Die alte Frau setzte sich an den Schreibtisch, holte einen Stift aus einer Schublade und fragte:

„Bis morgen früh möchten Sie bleiben?“

„Ja.“

„Ihr Name, bitte?“

„Franz Brecker.“

„Brecker...? Haben Sie früher hier gewohnt?“

„Ja. Gegenüber.“

„Dann bist Du es also. Na, so eine Überraschung. Ich bin Frau Plamm. Ich bin oft mit Dir spazieren gegangen, als Du noch klein warst und ich noch meinen Laden hatte. Kennst Du mich noch?“

Sie war aufgestanden und schüttelte ihm freudig die Hand.

Seine Gedanken drängten ihn weit zurück und suchten nach etwas längst Vergangenen. Seine Großmutter hatte stets auf ihn aufgepaßt, denn die Eltern waren berufstätig und meistens fort. Mit vier Jahren schon kannte er fast alle Bewohner des kleinen Örtchens, das aus vielleicht zwanzig Häusern bestand. Die meisten standen entlang der Straße, einige in der Nähe des Bahnhofs, zwei oder drei am Hang im Wald. Da seine Großmutter gut gestellt war, konnte sie sich eine Kinderfrau leisten. Frau Plamm.

„Ja, ich erinnere mich.“

„Warte, ich hole eine Flasche Cognac. Daß ich dich nochmals wiedersehe...“

Sie ging durch eine der beiden Türen und kam nach einer Weile mit zwei Gläsern und einer Flasche zurück.

„Setz' Dich!“

Während er den Koffer abstellte, den Mantel auszog, ihn auf das Sofa legte und sich danebensetzte, beobachtete er die alte Frau, wie sie die Flasche öffnete und den Cognac einschenkte.

„Hier“, sagte sie, gab ihm ein Glas und setzte sich ebenfalls. „Du wohnst natürlich umsonst bei mir.“

Das sind bestimmt zwanzig Jahre her seit ihr hier fortgezogen seid, aber jetzt erkenne ich Dich wieder. Du warst damals nur viel dicker. Ich weiß noch...“

„Es ist sehr nett, Frau Plamm, aber...“

„Soll ich nicht erzählen?“

„Sehen Sie, es ist so lange her. Sicher, es war herrlich, aber es ist vergangen. Die Zeit geht weiter und meine Kindheit kommt nicht wieder. Es ist vorbei.“

Sie schwiegen und Brecker starrte auf die Standuhr, deren Pendel unbehaglich herabhing.

„Na, dann ist es eben eine schöne Erinnerung. Ich habe Dir ein Stück Nußtorte ins Zimmer gestellt; die hast Du doch immer so gerne gegessen.“

„Vielen Dank, aber ich esse keinen Kuchen mehr.“

„Ja, hier hat sich viel verändert. Viele sind fortgezogen. Ich habe meinen Laden aufgegeben und die Pension übernommen. Er steht leer. Auch Euer Haus steht leer. Ich weiß nicht, wem es jetzt gehört. Nachdem Deine Oma gestorben war, wohnten zwar noch andere Leute darin, aber nach einem halben Jahr sind auch sie wieder gegangen. Sie haben die Fensterläden hellgrün gestrichen. Es sieht scheußlich aus! Braun, wie damals, paßte viel besser.“

Wenn früher gewaschen wurde auf dem Hof hast Du immer dabei gestanden und gewartet bis die Bottiche ausgeschüttet wurden. Dann bist Du neben dem Waschwasser hergegangen, als es den Hof hinunterlief. Weißt Du noch, wie Du geweint hast, als Dein Lieblingskaninchen geschlachtet wurde? Welche Angst Du vor dem großen Jagdhund Deiner Tante hattest, selbst wenn er eingesperrt war, wie Du mit Deiner Freundin im Springbrunnen im Garten geplätscht hast? Wenn es im Winter sehr kalt war, bist Du in die Fabrik gegangen und hast im warmen Frühstücksraum mit Herrn Zenker gespielt. Er mochte Dich gern. Seitdem die Fabrik geschlossen ist, arbeitet er am Schalter unten. Du hast ihn wohl nicht erkannt.“

„Nein.“

Brecker erinnert sich tatsächlich an all das. Er läßt sich Cognac nachschenken.

„Gibt es den Schuttplatz am Ende des Parkplatzes noch, gegenüber der

Fabrik?“

„Nein, er ist zugeschüttet.“

„In einem der Bäume dort hing nämlich ein Kochtopf. Jemand hatte ihn wohl hochgeworfen und er hatte sich mit dem Henkel in den Zweigen verfangen.“

„Natürlich! Wenn wir spazieren gingen, mußten wir immer unbedingt dort vorbeigehen, denn Du wolltest sehen, ob der Topf noch dort hing. Als er eines Tages heruntergefallen war, warst Du schrecklich enttäuscht.“

Im Sommer bist Du manchmal zu mir in den Laden gekommen, hast Dir ein Eimerchen geliehen und bist über die Wiese in den Wald gegangen, um Himbeeren zu pflücken. Du hast nie eine Himbeere mitgebracht, der Eimer war immer leer, aber Dein Mund rotverschmiert.“

Er hat Frau Plamm nie gesagt, daß er schreckliche Angst im Wald hat, und daß er nur hinget, weil ihm die Beeren so gut schmecken. Um die Angst zu bekämpfen, singt er laut im Wald und als er das seiner Oma erzählt, lächelt sie und erklärt ihm, daß er keine Angst zu haben brauche.

„Du hast Dich fürchterlich geärgert, als die alte Brücke über den Fluß abgerissen und durch eine neue ersetzt wurde.“

Brecker trinkt aus und Frau Plamm schenkt ihm nach. Er ist jetzt furchtbar müde, der Cognac wärmt ihn auf. Draußen war es dunkel, auf der Straße zischte ein Auto durch den Regen.

Sie erzählen noch lange, trinken dabei die Flasche leer, dann zeigt Frau Plamm ihm sein Zimmer. Er bedankte sich und schloß die Tür hinter sich. Er ging zum Fenster und sieht durch die verregnete Dunkelheit sein Haus gegenüber, den Garten, die braunen Fensterläden, die geschlossen sind. Er ißt die Nußtorte, die auf dem Nachttisch steht. Sie schmeckt ihm. Er läßt sich aufs Bett fallen, schließt die Augen. Er merkt, daß er betrunken ist, wie es in ihm wällt, sein Hirn rast; Kochtopf, Himbeeren, er ist totmüde, so lange her, Waschbottiche, Schuttplatz, Jagdhund, warum kann es nicht Erinnerung bleiben, Fabrik, alte Brücke, Schlafen, Jahre, Fluß, im Vorzimmer das schwere Ticken der Standuhr.



Presse-Seminare in Bonn

schreiben lernen, vielfältige, zusätzliche Berufschancen, z.B. Journalist, Redakteur, Auslandskorrespondent. Besonders gern werden Volkswirte und Juristen von großen Wirtschafts- und Industrieunternehmen und -verbänden und von Banken als PR-Chefs eingestellt. Voraussetzung für diese erstklassig bezahlten Positionen ist aber die Fähigkeit, mediengerecht schreiben zu können, — wie Sie es in den Presseseminaren Bonn lernen. Nach Abschluß beider Seminare erhalten die Teilnehmer eine Bescheinigung für ihre Bewerbungsunterlagen.

Preis: 110,— DM (für beide Seminare u.d. Bescheinigung), zahlbar zu Beginn des Seminars I.

Ort: Kleiner Saal Mensa Nassestr. 11, 3. Stock, Bonn-Mitte — Zeit: 9—15 Uhr.

Die nächsten Termine: 5.2., 12.3., 9.4., 14.5., 11.6.1983

Leitung: Frau Marianne Siebert, 0228/34 45 07 (ab 19 Uhr).

Der Deutsche Journalistenverband weist darauf hin, daß die Teilnahmebescheinigungen dieser Seminare keinen Anspruch auf Anerkennung von Firmen u. ä. haben.